

TAGUNGSUNTERLAGEN

**75. ORDENTLICHER BEZIRKSPARTEITAG
DER SPD NORD-NIEDERSACHSEN
26. April 2025 | STADE**

INHALTSVERZEICHNIS

TAGESORDNUNG

GESCHÄFTSORDNUNG

PERSONALVORSCHLÄGE

RECHENSCHAFTSBERICHTE

MITGLIEDERENTWICKLUNGEN

ANTRÄGE

**„DEMOKRATIE MUSS
GELERNT WERDEN –
IMMER WIEDER,
TAGTÄGLICH,
EIN LEBEN LANG.“**

OSKAR NEGΤ

Sozialphilosoph, 1934-2024

VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG



75. Ordentlicher Bezirksparteitag | 26. April 2025 | 10:00 Uhr | PFH Hansecampus Stade

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Grußworte
3. Beschlussfassung über Tagesordnung
 - a) Tagesordnung
 - b) Geschäftsordnung
4. Konstituierung des Parteitages
 - a) Wahl des Präsidiums
 - b) Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission (MPZK)
 - c) Bestätigung der Antragskommission

5. Rede:

Olaf Lies,

Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

Kaffeepause

6. Berichterstattung (erfolgt überwiegend schriftlich)
 - a) des Vorstandes
 - b) der Finanzverantwortlichen
 - c) der Revisor:innen
 - d) der Arbeitsgemeinschaften
 - e) Aussprache zu den Berichten
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission
8. Entlastung des Bezirksvorstandes
9. Wahlen
 - a) Beschlussfassung über die Wahl der:des Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigter Vorsitzenden, davon eine Frau (§ 10 Nr. 1 Bezirksstatut)
 - b) der oder des Vorsitzenden
 - c) der vier stellvertretenden Vorsitzenden
 - d) der oder des Finanzverantwortlichen

Tagungsunterlagen

75. ordentlicher Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen | 26. April 2025 | PFH Hansecampus Stade

- e) der oder des Schriftführer:in
- f) der 11 Beisitzer:innen
- g) der drei Revisor:innen
- h) der Bezirksschiedskommission
 - i. der oder des Vorsitzenden
 - ii. zwei Stellvertreter:innen
 - iii. vier weiterer Mitglieder der Schiedskommission

Kaffeepause

- a. der drei Delegierten und der drei Ersatzdelegierten zum Bundesparteitag
- b. der drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder des Parteikonvents
- c. der 22 Delegierten und 22 Ersatzdelegierten zum Landesparteitag

10. Antragsberatung

ggf. Kaffeepause zwischen den Antragsberatungen

11. Schlusswort des Vorsitzenden

VORLÄUFIGE GESCHÄFTSORDNUNG



75. Ordentlicher Bezirksparteitag | 26. April 2025 | 10:00 Uhr | PFH Hansecampus Stade

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die von den Unterbezirksparteitagen gewählten Delegierten sowie die stimmberechtigten Mitglieder des Bezirksvorstands.
2. Die Konferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend sind. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.
3. Die Konferenz wählt aus ihrer Mitte die Mandatsprüfungs- und Zählkommission/en (MPZK).
4. Die Beschlüsse der Konferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
5. Die Redezeit für Diskussionsredner:innen beträgt höchstens drei Minuten. Die Redner:innen erhalten in der Reihenfolge ihrer Meldung das Wort.
6. Anträge, die erst während der Konferenz gestellt werden (Initiativanträge), können bis zum Ausrufen des betreffenden Tagesordnungspunktes eingereicht werden. Sie können nur behandelt werden, wenn die Konferenz zustimmt und sie von mindestens 15 Delegierten, die 3 verschiedenen Unterbezirken angehören, unterstützt werden.
7. Wahlen sind gemäß den Bestimmungen der Wahlordnung und der Bundeswahlordnung durchzuführen.
8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner:innen das Wort. Es kann je ein:e Redner:in für und gegen den Geschäftsordnungsantrag sprechen. Danach erfolgt die Abstimmung.
9. Anträge auf Schluss der Aussprache dürfen nur durch Konferenzteilnehmer:innen gestellt werden, die an der Aussprache nicht beteiligt waren.

PERSONALVORSCHLAG



Wahl des Bezirksvorstandes

Vorsitzender: Santjer, Uwe (CUX)

Stell. Vorsitzende: Jantz-Herrmann, Christina (OHZ)

Stell. Vorsitzender: Koeser, Kai (STD)

Stell. Vorsitzende: Liebetruth, Dörte (VER)

Stell. Vorsitzende: Rebbin, Lasse (ROW)

Stell. Vorsitzender: Zinke, Sebastian (HK)

Finanzverantwortliche: Bröbbling, Katja (CUX)

Beisitzer:innen (11)

- | | |
|-----------------------------|---|
| 1. Brandt, Doris (ROW) | W |
| 2. Burdorf, Frederik (OHZ) | M |
| 3. Colpan, Aynur (HK) | W |
| 4. Eckermann, Richard (VER) | M |
| 5. Elle, Kirsti (CUX) | W |
| 6. Helwig, Ina (ROW) | W |
| 7. Kacar, Birhat (HK) | M |
| 8. Kadah, Özge (VER) | W |
| 9. Lange, Corinna (STD) | W |
| 10. Langen, Frauke (STD) | W |
| 11. Schneider, Daniel (CUX) | M |
-

Revisor:innen

1. Czerny-Gewalt, Erika (STD)
 2. Jährling, Bernhard (CUX)
 3. Manal, Klaus (ROW)
-

Wahl der Schiedskommission

Vorsitzende: Schütz, Annette (HK)

Stell. Vorsitzende: Scheschonk, Franziska (STD)

Stell. Vorsitzender: Schoechert, Jörg (HK)

Beisitzer:innen:

1. Faße, Anette (CUX)
 2. Naumann, André (ROW)
 3. Rippich, Christoph (VER)
 4. Roemer, Julia (STD)
-

Wahl der drei Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundesparteitag

1. Liebetruth, Dörte (VER)
2. Santjer, Uwe (CUX)
3. Lange, Corinna (STD)

Ersatz:

1. Kacar, Birhat (HK)
 2. Rebbin, Lasse (ROW)
 3. Wilke, Tina (CUX)
-

Wahl der drei Delegierten und Ersatzdelegierten zum Parteikonvent

1. Liebetruth, Dörte (VER)
2. Koeser, Kai (STD)
3. Wegener, Gunnar (CUX)

Ersatz:

1. Colpan, Aynur (HK)
 2. Rebbin, Lasse (ROW)
 3. Richter, Sigrid (STD)
-

Wahl der 22 Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landesparteitag

1. Baden, Cornelia (HK) w
2. Baumgarten, Heino (STD) m

Tagungsunterlagen

75. ordentlicher Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen | 26. April 2025 | PFH Hansecampus Stade

3. Behrens, Daniela (CUX)	w
4. Böltes, Gunnar (CUX)	m
5. Brandt, Doris (ROW)	w
6. Brandt, Sebastian (ROW)	m
7. Burdorf, Frederik (OHZ)	m
8. Deutsch, Anne (OHZ)	w
9. Eckermann, Richard (VER)	m
10. Elbers Gutiérrez, Laura (HK)	w
11. Flohre, Lena (CUX)	w
12. Georg, Kira (VER)	w
13. Gerken, Jannis (OHZ)	m
14. Haase, Herbert (HK)	m
15. Harjes, Michael (OHZ)	m
16. Helwig, Ina (ROW)	w
17. Jährling, Bernhard (CUX)	m
18. Kacar, Birhat (HK)	m
19. Kadah, Özge (VER)	w
20. Knop, Thomas (ROW)	m
21. Koeser, Kai (STD)	m
22. Köhne, Johanna (STD)	w
23. Lange, Corinna (STD)	w
24. Langen, Frauke (STD)	w
25. Liebetrueth, Jutta (VER)	w
26. Lindhorst, Fabio (HK)	m
27. Mahler, Leo (Hans-Hermann)	m
28. Manal, Klaus (ROW)	m
29. Mujica Alvarado, Astrid (ROW)	w
30. Ostwald, Falko (OHZ)	m
31. Rath, Sebastian (ROW)	m
32. Rebbin, Lasse (ROW)	m
33. Roßberg, Matthias (CUX)	m
34. Santjer, Uwe (CUX)	m
35. Schnakenberg, Elke (OHZ)	w
36. Schneider, Daniel (CUX)	m
37. Schuhmacher, Claudia (CUX)	w
38. Schulz, Jannes (CUX)	m
39. Seuberth, Frank (HK)	m
40. Steffens, Gerrit (STD)	m
41. von Husen, Ina (STD)	w
42. Wegner, Gunnar (CUX)	m
43. Wichmann, Cord (CUX)	m
44. Wintjen, Jürgen (CUX)	m

RECHENSCHAFTSBERICHTE

Bericht des Bezirksvorsitzenden

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich begrüße euch herzlich zu unserem Bezirksparteitag und möchte die Gelegenheit nutzen, um auf die vergangenen Monate zurückzublicken und die Erfolge sowie Herausforderungen, die wir gemeinsam gemeistert haben, zu würdigen.

Zunächst möchte ich die hervorragende Zusammenarbeit mit unserem Bezirksvorstand und den Bezirks-Arbeitsgemeinschaften hervorheben. Diese enge Kooperation hat es uns ermöglicht, unsere politischen Ziele klar zu definieren und effektiv zu verfolgen. Auch der Austausch mit dem Landesvorstand war von großer Bedeutung. Gemeinsam haben wir an einem Strang gezogen und uns gegenseitig unterstützt, was uns in diesen herausfordernden Zeiten stark gemacht hat.

Der Übergang zum 01. November 2023 von unserem langjährigen Bezirksgeschäftsführer Heino Baumgarten zu seiner Nachfolgerin Tina Wilke verlief gut strukturiert und dank der guten Zusammenarbeit der Beiden harmonisch und problemlos. Auf hauptamtlicher Seite wurde eine vernetztere Teamarbeit eingeführt, die durch effizientere und digitalisierte Prozesse auf Zukunft ausgerichtet ist, ohne die einzelnen Kolleg:innen zu überfordern. Dieser Weg der Teamarbeit wird auch in Zukunft weiter ausgebaut und verstärkt werden. Erste Erfolge zeigten sich hier gerade auch im Verlauf des Bundestagswahlkampfes, wo wegen eines Krankheitsfalls die Vertretung aus einer anderen Geschäftsstelle heraus gut zu organisieren war.

Ende 2023 bis Mitte 2024 war die Europawahl das vorherrschende Thema im Bezirk. Hier wurden wir zum ersten Mal in voller Härte mit den Auswirkungen der in Teilen unserer Gesellschaft etablierten rechten Gesinnung konfrontiert. Es war eine ernüchternde Erfahrung, die uns jedoch auch gezeigt hat, wie wichtig unser Einsatz für eine offene und solidarische Gesellschaft ist. Wir müssen weiterhin für unsere Werte eintreten und uns gegen jede Form von Extremismus stark machen. Unsere nord-niedersächsische Spitzenkandidatin Kirsti Elle zeigte im Wahlkampf großartiges Engagement, stets unterstützt von unseren motivierten Jusos, die unermüdlich versuchten, jede Ecke des großen Bezirks zu bereisen und vor Ort Wahlkampf mit Kirsti zu machen.

Die vorgezogenen Bundestagswahlen haben uns dann mit einer neuen Qualität der Angriffe von Rechts konfrontiert. Diese Angriffe waren nicht nur politischer Natur, sondern richteten sich auch gegen unsere Grundwerte und die demokratische Kultur in unserem Land. Die Nähe der CDU zur AfD in den letzten Wochen vor der Wahl stellte uns zudem vor Probleme. Dem Trend entgegen standen unsere vier Direktkandidat:innen mit ihren Wahlkampfteams und all den Ehrenamtlichen vor Ort in den Ortsvereinen, die unermüdlich Plakate wieder aufgehängt und Wahlwerbung machten. Ohne euch, ohne eure Leidenschaft für die Sozialdemokratie und unsere Art des gesellschaftlichen Miteinanders wäre das nord-niedersächsische Wahlergebnis nie so gut, deutlich besser als der Bundesschnitt, ausgefallen.

Unser Bundesvorsitzender Lars Klingbeil konnte sein Bundestagsmandat erfolgreich verteidigen. Wir sind als Bezirk überaus dankbar dafür, mit Lars Klingbeil das Gesicht der deutschen Sozialdemokratie

Tagungsunterlagen

75. ordentlicher Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen | 26. April 2025 | PFH Hansecampus Stade

zu stellen! Die drei anderen Kandidierenden konnten, trotz großartiger individueller Wahlkämpfe, ihre Wahlkreise leider nicht für sich gewinnen. Der bisherige Bundestagsabgeordnete Daniel Schneider unterlag leider knapp und auch die beiden neuen Kandidatinnen, Özge Kadah und Frauke Langen, konnten trotz eines großartigen Wahlkampfes leider kein Direktmandat erringen. Dennoch dürfen wir und sollten wir stolz auf unsere Kandidierenden sein! In diesen überaus schwierigen Zeiten dem Trend zu trotzen und unerschütterlich als Sozialdemokrat:in in vorderster Linie zu stehen – dafür kann man nie genug danken!

Ein Highlight der vergangenen zwei Jahre war sicherlich die Feier anlässlich von 60 Jahren SPD Nord-Niedersachsen in Cuxhaven. Gemeinsam mit Freunden und Verbündeten haben wir nicht nur auf 60 Jahre zurückgeblickt, sondern auch mit erhobenem Haupt auf die Zukunft geblickt. Diese Veranstaltung war ein wunderbares Zeichen der Solidarität und des Zusammenhalts innerhalb unserer Partei. Ich möchte dem Team des Bezirks für die großartige Organisation dieser Feier danken. Es war ein unvergesslicher Moment, der uns alle motiviert hat, weiterhin für unsere gemeinsamen Ziele zu kämpfen.

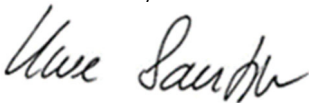
Ich möchte auch allen Mandatsträger:innen und Ehrenamtlichen danken, die an unserer Seite standen und sich mit unermüdlichem Einsatz für unsere gemeinsamen Ziele engagiert haben. Euer Engagement und eure Entschlossenheit haben unsere Arbeit und nicht zuletzt unsere Wahlkämpfe geprägt und gezeigt, dass wir auch in schwierigen Zeiten zusammenstehen können.

Lasst uns weiterhin für eine gerechte und solidarische Gesellschaft kämpfen. Gemeinsam werden wir die Herausforderungen meistern und unsere Werte verteidigen. Ich freue mich auf die kommenden Monate und die weitere Zusammenarbeit mit euch allen.

Die anstehenden Kommunalwahlen werden wir gemeinsam positiv gestalten und auch die Landtagswahlen im darauffolgenden Jahr werden wir als großartigster kleiner Bezirk mit Leidenschaft und Mut angehen – gemeinsam, wie es unser Stil ist.

Danke, dass ihr diesen Zusammenhalt lebt und weiterträgt!

Herzlichst,



Uwe Santjer

Bericht der Finanzverantwortlichen

Einnahmesituation

Der Bezirk Nord-Niedersachsen konnte sowohl das Jahr 2023 als auch das Jahr 2024 mit einem positiven Ergebnis abschließen.

Die größte Einnahmeposten sind in beiden Jahren **die Mitgliedsbeiträge, die staatlichen Mittel aus dem Finanzausgleich, gefolgt von den Mandatsträgerbeiträgen.**

Der Bezirk ist in der komfortablen Lage, seine Räumlichkeiten in einer eigenen Immobilien zu haben. Durch die **Vermietung von Räumlichkeiten** in dem Gebäude werden Mieteinnahmen generiert, die jedoch für den Gebäudeerhalt eingesetzt werden.

Aber auch bei der SPD gilt der Grundsatz „Eigentum verpflichtet“. Somit wird die Immobilie in den nächsten Jahren dem Bezirk auch einiges an Ausgaben bescheren. Es bedarf in den nächsten Jahren einer energetischen Sanierung (Dach, Fenster, Fassade, Heizung) und einiger Schönheitsreparaturen und Erhaltungsmaßnahmen in den selbstgenutzten Räumlichkeiten (z.B. Sanitäranlagen, Empfangsbereich, Küche).

Ausgabesituation

Aufwendungen für das **hauptamtliche Personal** und für den geordneten **Ablauf der Betriebsprozesse** stellen im Bezirk den größten Ausgabeposten dar. Dieser Posten hat uneingeschränkte Berechtigung, da wir ohne unser hauptamtliches Personal nicht die Erfolge vorweisen könnten, wie wir sie derzeit für uns reklamieren. Zudem wird an der kontinuierlichen Digitalisierung der Organisationsstruktur gearbeitet, weg vom „Papierbüro“ hin zum „digital office“.

Der zweitgrößte Posten sind **Ausgaben für die politische Arbeit incl. Wahlkämpfe** – also unsere Kernaufgabe. Dazu zählen Parteitage, Veranstaltungen, Zuschüsse für die AG Arbeit sowie Ausgaben für die politische Bildung.

Der **vorgezogene Bundestagswahlkampf** hatte keine bzw. nur wenige negative Auswirkungen auf die finanzielle Situation des Bezirks und seine untergeordneten Gliederungen.

Die bisherigen Prüfungen der Jahresabschlüsse und Rechenschaftsberichte sind ohne Beanstandungen erfolgt. Die Prüfungen für 2024 stehen noch aus.


Katja Bröbling

Bericht der AfB in Nord-Niedersachsen

Arbeitsschwerpunkte:

- Und immer wieder kommt das Thema Gesamtschule zur Sprache – Rückmeldungen aus den Kommunen,
- Bezahlung von Nachwuchs-Kräften in KiTas (SPA und ErzieherInnen)
- in unseren Sitzungen Erarbeitung von Grundlagen für Ratsbeschlüsse
- Kooperation mit der BBS Verden und den BerufsberaterInnen der Bundesagentur für Arbeit
- Lehramtsausbildung, Stufenlehramt, duales Studium Lehramt, Seiteneinsteiger / Quereinsteiger in Zusammenarbeit mit der GEW
- Inklusion, Schulbegleitung, Mitarbeit in den Bundes-AGs Rahmenbedingungen für Inklusion, Lehrkräfteausbildung zukunftssicher machen
- Teilnahme und Organisation: Veranstaltungen zur Bundestagswahl
- Bundes-AfB - Mitarbeit verschiedener Vorstandsmitglieder in den einzelnen AGs z.B.: Lehramtsausbildung, Inklusion, Berufliche Bildung, Entlastung von Schulleitungen und Lehrkräften durch Verwaltungspersonal, zumeist online
- Anträge zu Parteitag, Diskussion der Themenbereiche und Anliegen
- Zusammenarbeit und Austausch mit den AKs auf Landes- und Bundes-AfB-Ebene und den Bezirken, Aufgreifen spezieller Problematiken: Schulbegleitung, Gewalt an Schulen, Attraktivität der Kita-Ausbildung
- Demokratiebildung – je nach Alter der Schüler:innen unterschiedliche Konzepte, auch in der KiTa
- Beendigung des Studienganges Wirtschaftspädagogik an der Leuphana Universität Lüneburg – WESHALB? Ist es für die Unis nicht „lukrativ“ genug ein Lehramtsstudium zu führen?
- Pisa – Ursachen für das schlechte Abschneiden Deutschlands?
Siehe auch auf der Internetseite: Was unser Bildungssystem von Estland lernen kann | Schulgeschichten
- Überlegungen und Vorbereitung von Ratsbeschlüssen zur Bezahlung von Nachwuchs-Kräften in KiTas (SPA und ErzieherInnen)

Veranstaltungen:

13. März 2023	Bezirksausschuss der Arbeitsgemeinschaft Bildung (AfB), mit Wahlen der Sprecher*innen - und Delegierten in der Moorhexe in Ottersberg mit Dr. Dörte Liebetruhl als Referentin
03. Juni 2023	Landeskonferenz der AfB Niedersachsen
26. Juni 2023	aktive Teilnahme an der 1. Konferenz „KiTa-Nachwuchskräfte“ „Aus- und Weiterbildungsoffensive für mehr Kita-Fachkräfte
04. November 2023	Teilnahme an der AfB Bundeskonferenz, 6. Januar 2024 Teilnahme an der Nordkonferenz in Kiel
02. März 2024	AfB-Länderrat, Berlin und hybrid

Tagungsunterlagen

75. ordentlicher Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen | 26. April 2025 | PFH Hansecampus Stade

07. Mai 2024	Ganztag mit Kerstin Albes-Bielenberg, Paul Brandt : Aufbau von Multiprofessionellen Teams, Beteiligung der Zivilgesellschaft Moderation Paul Brandt, Video-konferenz - 2026 der Rechtsanspruch auf den Ganztag kommt Miteinander Lösungsmöglichkeiten finden, damit Kinder und Jugendliche ihren Weg im Ganztag gut und zufrieden nehmen können – das ist unser Anliegen!
03. Juni 2024	Themenabend der AfB mit Dörte Liebetruth und der KiTa-Sprecherin Corinna Lange MdL über geplante Änderungen des nds. Kindertagesstätten-Gesetzes
24. Juni	Teilnahme am Landesparteitag in Aurich
20. August 2024	Teilnahme am Mahl der Arbeit mit Andrea Wehmheuer, Vorsitzende des verdi Bezirks Niedersachsen Bremen. Es ging um Fachkräftemangel in KiTas und die damit verbundene mangelnde Qualität der pädagogischen Arbeit
09. November	AfB-Länderrat, Berlin und hybrid
16. November	Mitorganisation und Durchführung der Nordkonferenz: Impulse aus dem Norden
21. November	Teilnahme an der online Veranstaltung FES Bildungspolitik zwischen Erkenntnissen und Handlungsbedarfen – Vorstellung des Nationalen Bildungsberichts 2024
29. Januar 2025	als Videokonferenzen Ganztag an Grundschulen mit Bundestagskandidatin Özge Kadah, Dr. Dörte Liebetruth, Paul Brandt
08. Februar 2025	Mitorganisation der Veranstaltung zur Dualen Lehramtsausbildung gemeinsam mit der Fraktion: Lehrkräftebildung auf die Füße stellen – Dualer Master jetzt
29. März	AfB-Länderrat, hybrid
geplant im Juni 2025	AfB-Konferenz mit Corinna Lange, Sprecherin für Frühkindliche Bildung, anschließend Wahlen
06. September	Landeskonferenz der AfB Niedersachsen
20. September	AfB-Bundeskonferenz

geplant: Veranstaltung zu KiTa-Fragen, Ganztagsschulen – Oliver Kaczmarek, auch in der neuen Bundestagsfraktion zuständig für den Bereich Bildung und Technikfolgenabschätzung wird nach Nord-Niedersachsen kommen, Gewalt an Schulen, Seiteneinsteiger . . . (ggf. als Videokonferenz)

Organisation:

- Seit dem 11. Mai 2020 an jedem zweiten Montag im Monat, 20 Uhr, erweiterte Vorstandssitzungen, in der Regel online
- Ausführliche Whats-App-Diskussionen zu aktuellen bildungspolitischen Themen
- Abstimmungen über Anträge zu Parteitagern auch per Mail und WhatsApp, Planung und Organisation von Veranstaltungen
- Monatliche Berichte an den und vom AfB-Landesvorstand, Einbringung von Themen
- Den Bund betreffende Themen aus dem Bezirk Nord-Niedersachsen werden u.A. beim zweimal jährlich tagenden Länderrat besprochen, einzelne Themenbereiche werden in Bundes-AKs bearbeitet, alle zwei Jahre findet eine Bundeskonferenz statt.

Tagungsunterlagen

75. ordentlicher Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen | 26. April 2025 | PFH Hansecampus Stade

Für die AfB im Bezirk Nord-Niedersachsen sind aus HK: Conni Baden, Frederike Kaiser, ROW: Astrid Mujica-Alvarado, STD: Annette Gutsfeld, OHZ: Anne Deutsch, Elke Schnakenberg, Cux: Michaela Schwitalla, VER: Fabian Judel, Paul Brandt und Jutta Liebethuth

Conni Baden und Jutta Liebethuth

für die Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD Nord-Niedersachsen

Bericht der AG 60 + in Nord-Niedersachsen

Der Bericht der AG 60plus setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Im ersten Teil wird der Bericht für die Jahre 2023 und 2024 wiedergegeben, der der Bezirkskonferenz der AG 60plus am 28.08.2024 vorgelegt wurde. Im zweiten Teil berichtet der in der Bezirkskonferenz am 28.08.2024 neu gewählte Vorstand über seine Arbeit seit dem 28.08.2024.

Teil 1:

2023

Im Jahr 2023 beschäftigte sich der Bezirksvorstand der AG 60plus intensiv mit dem Leitantrag „30 Bausteine für den ländlichen Raum“ des Bezirksparteitags. Besonders die Punkte ÖPNV, Gesundheit, Wohnen und Bildung wurden intensiv bearbeitet. Dabei arbeitete die AG 60plus intensiv mit den Jusos im Bezirk Nord-Niedersachsen zusammen und lud sich zu den verschiedenen Themen Experten ein, um zu diskutieren. Zudem wurde der Umgang mit der AfD zu einem wichtigen Thema, mit dem sich der Bezirksvorstand kontinuierlich befasste, Wahlergebnisse analysierte und Ideen zum Umgang mit Populismus entwickelte. Mit dem Überfall der Hamas auf Israel wurde leider auch dieser Konflikt ein ständig präsent Thema im Bezirksvorstand.

2024

Das Jahr 2024 begann mit intensiver Beschäftigung mit den Bauernprotesten, dem Hochwasser im südlichen Bereich des Bezirks und dem Nahost-Konflikt bzw. dem Ukrainekrieg.

Zudem blieb der Umgang mit der AfD und deren undemokratischen Auftreten einer der zentralen Themen in den Sitzungen. Weitere Themen waren die Öffentlichkeitsarbeit der Partei, Altersarmut und selbstverständlich die Europawahl. Diese gute und intensive Arbeit wird in den kommenden Jahren weitergeführt werden, da dies alles Themen sind, die eine kontinuierliche Bearbeitung benötigen und ihre Aktualität nicht verlieren.

(Helmut Knoefel)

Tagungsunterlagen

75. ordentlicher Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen | 26. April 2025 | PFH Hansecampus Stade

Teil 2:

In der Bezirksdelegiertenkonferenz der AG 60plus, die am 28.08.2024 in Achim stattfand, wurde ein neuer Vorstand gewählt, der sich wie folgt zusammensetzt:

Vorsitzender:	Wolfgang Gutsfeld (UB Stade)
Stellvertreter:in:	Richard Grantz (UB Cuxhaven), Elke Schneider-Höffelmann (UB Stade)
Schriftführerin:	Christiane Knof-Grotevent (UB Verden)
Beisitzer:innen:	Marianne Grigat (UB Osterholz), Annette Gutsfeld (UB Stade), Bärbel-Loose (UB Rotenburg), Klaus Manal (UB Rotenburg), Erika Neumann (UB Verden), Gudrun Scherber (UB Stade), Heinz Zimmermann (UB Osterholz)

Der zum Bezirk Nord-Niedersachsen gehörende Unterbezirk Heidekreis ist – wie auch schon im vorausgehenden Vorstand - nicht vertreten, da dort keine aktive AG 60plus existiert.

Die Sitzungen der AG 60plus im Bezirk Nord-Niedersachsen finden einmal im Monat in Bremervörde im Oste-Hotel statt und sind traditionell offen für interessierte Mitglieder und Gäste.

Der neue Vorstand hat am 25.09.2024 in der Konstituierenden Sitzung mit der Organisation der weiteren Arbeit und der Festlegung von Arbeitsthemen seine Arbeit aufgenommen. Des Weiteren standen aktuelle politische Themen und hier insbesondere die Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen auf der Tagesordnung.

Fester Bestandteil aller Tagesordnungen sind die Punkte „Aktuelle politische Themen“ und „Berichte aus den Unterbezirken“. Da der Vorstand mit der „Nordschiene AG 60plus (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern) vernetzt und in der AG 60plus auf der Ebene des Landesverbands Niedersachsen im Landesausschuss vertreten ist, gehören auch Berichte aus diesen Organisationseinheiten zu den regelmäßigen Tagesordnungspunkten.

Beim Bundeskongress der AG 60plus, der am 16./17.10.2024 im Willy-Brandt-Haus in Berlin stattfand, war der Vorstand mit drei Delegierten vertreten. Bestandteil und Höhepunkt des Kongresses war am Abend des zweiten Tages die Feier zum 30-jährigen Jubiläum der AG 60plus.

Einen Schwerpunkt der Arbeit in den Sitzungen Ende 2024 bildete das Thema „Seniorenbeiräte“, wobei es u. a. darum ging, einen Überblick über die in den Unterbezirken arbeitenden Seniorenbeiräte, deren Aufgaben und deren Legitimation zu erhalten. Eingeladen zu diesem Thema war der Vorsitzende des Kreissenorenbeirats und des Seniorenbeirats Osterholz-Scharmbeck, der ausführlich über die Organisation und die Arbeit sowie über die weitreichende Unterstützung der Arbeit durch den Kreis und die Kommune berichtete. – Auf der Grundlage dieser Informationen und Erkenntnisse wurde vereinbart, darauf hinzuwirken, dass in möglichst vielen Kreisen und Kommunen – sofern noch nicht geschehen – Seniorenbeiräte gebildet werden. – Inzwischen liegt seitens des Vorstands der AG 60plus im UB Stade ein Antrag vor, der vom UB-Parteitag Stade beschlossen und der SPD-Kreistagesfraktion zugeleitet wurde.

Tagungsunterlagen

75. ordentlicher Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen | 26. April 2025 | PFH Hansecampus Stade

Zu Beginn des Jahres 2025 standen die vorgezogene Bundestagswahl und der damit einhergehende Wahlkampf im Mittelpunkt, wobei insbesondere die von der Parteiführung gesetzten Wahlkampfthemen teilweise kontrovers diskutiert und kritisch hinterfragt wurden. Uneingeschränkte Einigkeit bestand darin, die in den zugehörigen Wahlkreisen Kandidierenden seitens der AG 60plus aktiv und nach Kräften zu unterstützen. – Die von der Parteispitze im Wahlkampf gesetzten

Themen wurde nach der Wahl im Zusammenhang, mit dem von der SPD erzielten, desaströsen Wahlergebnis erneut aufgegriffen und auf der Grundlage der Erfahrungen an den Wahlkampfständen überwiegend als die Wählerinnen und Wähler nicht ausreichend ansprechend bewertet, während das Thema „Migration“ als vernachlässigt angesehen wurde.

Der Zwischenbericht der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ wurde nach seiner Veröffentlichung bearbeitet und dessen 30 Empfehlungen diskutiert. Diese Bearbeitung soll nach Veröffentlichung des Koalitionsvertrags von CDU, CSU und SPD unter der Fragestellung, welche der vorgeschlagenen strukturellen Veränderungen sind im Koalitionsvertrag berücksichtigt worden, erfolgen.

In den Diskussionen immer wieder aufgegriffene Themen sind „Altersdiskriminierung“, „Altenhilfe“, „Rente“, „Wohnen im Alter“, „Erwerbstätigenversicherung“, „Mobilität“, aber auch allgemeine Themen im Zusammenhang mit z. B. dem Ukraine-Krieg, der Digitalisierung und dem Klimaschutz.

Die AG 60plus im Bezirk Nord-Niedersachsen beschäftigt sich nicht nur mit Themen, die für Seniorinnen und Senioren von Belang sind, sondern nimmt zu allen gesellschaftlich relevanten Themen Stellung, denn „Erfahrung schafft Zukunft!“

(Wolfgang Gutsfeld)

Bericht der SPD-Frauen in Nord-Niedersachsen

Im Berichtszeitraum fanden noch zwei Sitzungen des vorherigen Vorstandes statt, bevor am 16.09.23 auf einer Mitgliederversammlung in OHZ-Scharmbeck ein neuer Vorstand mit acht Frauen gewählt wurde. Auf einer Klausurtagung am 11.02.24 in Zeven gab sich der Vorstand ein Programm für die nächsten zwei Jahre. In diese Amtszeit fiel die Namensänderung der ASF in SPD FRAUEN. Sie wurde bezirkswide zügig umgesetzt. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum fünfzehn Vorstandssitzungen und zwei Klausurtagungen abgehalten, auf-grund des großen Einzugsgebietes des Bezirks NN vorwiegend im Online-Format.

Schwerpunkte der Arbeit des Bezirksvorstandes waren neben der Beachtung der Einhaltung der Parität die Reaktivierung der Frauen-Vertretung in allen Unterbezirken, die Kontaktpflege zu den anderen Arbeitsgemeinschaften, insbesondere den Jusos sowie der AG 60 plus, und auf Veranstaltungsebene die Fortführung der Online-Vortragsreihe zu „Arbeitszeitmodellen der Zukunft“ sowie die jährlichen Aufrufe zur Pflanzung eines „Demokratiebaumes“.

Generell wurde bei den SPD FRAUEN eine arbeitsteilige Vorgehensweise auf Bezirks- und Unterbezirksebene vereinbart: Während der Bezirksvorstand sich um übergreifende Themen kümmert, sind die Vorstände auf UB-Ebene für den direkten Frauen-Kontakt zuständig. Entsprechend liegen die Veranstaltungen vor Ort vorzugsweise in den Händen der UB-Vorstände. Dies lässt einmal mehr die

Tagungsunterlagen

75. ordentlicher Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen | 26. April 2025 | PFH Hanse-campus Stade

Notwendigkeit der Reaktivierung der SPD FRAUEN in allen sechs Unterbezirken deutlich werden. Mit der Neuwahl des Vorstandes am 30.11.24 im UB Stade, der Reaktivierung eines Vorstandes am 07.02.25 im UB Verden sowie der anstehenden Neuwahl des Vorstandes im UB OHZ am 25.04.25 sind wir hier inzwischen auf einem guten Weg.

Trotz der umfangreichen Paritätsregeln in der Bezirkssatzung musste auch bei der Neuwahl des SPD-Bezirksvorstandes im Jahr 2023 noch einmal interveniert werden, um einen geschäftsführenden Vorstand mit ausreichender Frauenpräsenz zu erwirken. Zudem wurde eine geplante AG-Richtlinie auf Bezirksebene, die zu einer erheblichen Einschränkung der Arbeit der Arbeitsgemeinschaften geführt hätte, nach starken Widerständen zurückgestellt. Eine Änderung der AG-Richtlinie auf Bundesebene vom 09.10.23 zur Gestaltung der Wahl-Konferenzen konnte hinsichtlich einer teilweise gewünschten Mitgliederversammlung mit der neuen hauptamtlichen Geschäftsführung einvernehmlich geregelt werden.

Die Vortragsreihe „Arbeitszeitmodelle der Zukunft“ ist mit zwei Veranstaltungen fortgeführt worden, am 28.09.23 zu haushaltsnahen Dienstleistungen, am 12.09.24 zur Industrie. Aufgrund von Veränderungen bei der Wissenschafts-Referentin sowie einer relativ geringen Teilnehmerzahl wurde das Projekt grundsätzlich überdacht. Wegen der hohen Aktualität entschied man sich für eine Fortführung, in Anbetracht der geplanten Podiumsdiskussion in Hannover mit Bundesprominenz jedoch erst nach Beendigung der Koalitionsverhandlungen in Berlin.

Die bezirksweite Aktion „Wir pflanzen einen Demokratiebaum“ wurde nach erfolgreichen fünf Jahren mit einer Bilanz von insgesamt 46 gepflanzten Bäumen eingestellt.

Die Neuwahl des Bezirksvorstandes ist für September 2025 geplant.

Sigrid Richter

Vorsitzende SPD FRAUEN Bezirk Nord-Niedersachsen

Bericht der Jusos in Nord-Niedersachsen

Kritische-Solidarität. Das ist immer noch der Grundsatz von uns Jusos. Wir sind Teil der Partei und wollen sie unterstützen und aktiv mitgestalten, gleichzeitig sehen wir unsere Rolle auch als kritisches Korrektiv innerhalb der Partei. In den letzten Jahren hat dies in Nord-Niedersachsen gut funktioniert. Wir Jusos haben uns auf allen Ebenen, ob im Bezirksvorstand, in den Unterbezirken und Kreisverbänden und in den Ortsvereinen, in die Arbeit der Partei eingebracht und Verantwortung übernommen. Gleichzeitig haben wir auch versucht, an den richtigen Stellen kritische Debatten anzustoßen.

Unsere Struktur der aktiven Mitglieder ist im starken Wandel. Die Pandemie hat uns als Verband verändert. Viele Genoss*innen, die vor Corona bei den Jusos aktiv waren, fokussieren sich mittlerweile mehr auf die SPD oder andere Dinge. Dafür wird jetzt eine neue Generation von Jusos aktiv, die erst nach der Pandemie beigetreten ist. In vielen Unterbezirken und Kreisvereinen kommen Neumitglieder dazu,

Tagungsunterlagen

75. ordentlicher Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen | 26. April 2025 | PFH Hansecampus Stade

insbesondere viele im jungen Alter zwischen 14 und 16 Jahren. Wir freuen uns sehr, dass sie Lust haben, sich in unseren Verband einzubringen.

Die Arbeit von uns als Jusos in Nord-Niedersachsen in einem Bericht zusammenzufassen, fällt nicht leicht. Unser aktuell 9-köpfiger Bezirksvorstand wurde auf unserer letzten Bezirksdelegiertenkonferenz vergangenen Juni in Stade gewählt. Dieser besteht aus Kirsti Elle (Vorsitz, UB Cuxhaven), Fabio Lindhorst (Geschäftsführung, UB-Heidekreis), sowie den stellvertretenden Vorsitzenden Charlotte Brunzema (KV Osterholz), Vanessa Knuth (UB Stade), Nils Nikisch (UB Cuxhaven), Laura Gutiérrez (UB Heidekreis), Nike Heitmann (UB Rotenburg), Carlina Heutling und Matti Rappenhöner (beide KV Verden). Der Bezirksvorstand arbeitet aktiv in vielen Bereichen, wie zum Beispiel der Organisation von Bildungsveranstaltungen, Social Media, Wahlkampf, Mitgliedergewinnung, inhaltlicher Arbeit und Vernetzung. Einiges davon versuchen wir im Folgenden zu skizzieren.

In den vergangenen Jahren haben wir unsere Bildungsarbeit an einigen Stellen neu gedacht und gleichzeitig funktionierende Formate beibehalten. Für uns war und ist dabei besonders wichtig, dass wir die Grundlagen unserer Verbandsarbeit, also unsere Grundwerte Antifaschismus, Feminismus, Internationalismus und Sozialismus, im Rahmen unserer Bildungsangebote kontinuierlich mitdenken und vermitteln. Gleichzeitig lassen wir aktuelle Themen und Debatten in die inhaltliche Ausrichtung, von Seminarwochenende und online Angeboten mit einfließen, um Diskussionen zu ermöglichen und dafür zu sorgen, dass die Jusos in Nord-Niedersachsen zu den Themen unserer Zeit sprachfähig sind.

Konkret basiert unsere Bildungsarbeit überwiegend auf zwei Säulen. Zum einen bieten wir Seminarwochenenden in Präsenz an, die wir nutzen, sowohl Grundlagenarbeit zu machen als auch themenspezifische Angebote zu bieten. So hat in den Jahren 2023, 2024 und 2025 unser Grundlagenseminarwochenende „Jugend in der Politik“ stattgefunden, durch welches wir Neumitgliedern die Grundlagen unserer Verbandsarbeit näher bringen, unsere Grundwerte vermitteln sowie erste Berührungen mit den Themenbereichen Social Media und Veranstaltungsorganisation herstellen. In den Jahren 2024 und 2025 haben wir uns im Rahmen dieser Seminarwochenenden zusätzlich auch auf die bevorstehende Bundestags- bzw. Europawahl vorbereitet und uns mit der Frage beschäftigt, wie wir junge Menschen im Wahlkampf erreichen können. Außerdem haben wir ein Seminarwochenende zu dem Thema „Kampf gegen Rechts“ und eines unter dem Titel „Brücken bauen und nicht Mauern: Gesellschaftlichen Wandel gestalten“ angeboten. Zum Anderen haben wir auch unser Format der Online-Themenabende beibehalten, um ein niedrigschwelliges Bildungsformat ohne nötige Fahrtwege anzubieten. In diesem Format haben wir uns unter anderem mit der Frage beschäftigt, wie der Kapitalismus die deutsche und europäische Migrationspolitik beeinflusst, sowie ein Angebot zum Thema Frauen in der Erwerbsarbeit gemacht. Gleichzeitig haben wir Diskussionsforen zum Ausgang der Bundestagswahl und zum abgeschlossenen Koalitionsvertrag angeboten.

Im Bundestagswahlkampf haben wir vor allem unsere Juso-Spitzenkandidatin Özge Kadah sehr intensiv unterstützt. Özge ist im Wahlkreis Osterholz-Verden als Direktkandidatin für den Bundestag angetreten. Hier waren wir mehrfach vor Ort, um Flyer zu verteilen und bei Veranstaltungen zu unterstützen. Im Rahmen unserer konzentrierten Wahlkampftour waren wir als Bezirk auch in allen weiteren Wahlkreisen vor Ort und haben Daniel Schneider in Cuxhaven, Frauke Langen in Buxtehude und Lars Klingbeil beim „Tag der Parteien“ in Soltau unterstützt. Gleichzeitig haben wir auch die sozialen Medien gespielt, um unsere Themen zu setzen und junge Menschen zu erreichen.

Tagungsunterlagen

75. ordentlicher Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen | 26. April 2025 | PFH Hansecampus Stade

Auf dem Europawahlkampf lag für uns ein besonderer Fokus. Nicht nur durch die inhaltliche Relevanz der Wahl und den Kampf gegen Rechts auf europäischer Ebene, sondern auch durch die Kandidierenden im Bezirk Nord-Niedersachsen. Durch Kirsti Elle, Laura Gutiérrez und Gerrit Steffens waren gleich drei Jusos als Kandidat*innen aufgestellt und gestalteten aktiv den Wahlkampf im Bezirk. Unsere klaren Vorstellungen eines solidarischen und gerechten Europas trugen sie stellvertretend für uns in die Ortsvereine, die Schulen und auf die Straße. Zusätzlich zu einigen Aktionen der Unterbezirke und Kreisverbände waren wir mit wechselnder Unterstützung auf einer Bustour durch den Bezirk unterwegs. Dabei machten wir in allen Unterbezirken und Kreisverbänden halt und unterstützten den Wahlkampf durch Verteilaktionen und Tür-zu-Tür-Wahlkampf. Wir danken allen Jusos und natürlich auch allen älteren Genoss*innen die beim Wahlkampf unterstützt haben!

Im Jahr der Europawahl haben der damalige Bezirksvorstand und die Mitglieder des Juso-Landesvorstands, aus dem Bezirk Nord-Niedersachsen, Brüssel besucht und am „European Youth Event“ teilgenommen. Organisiert von der S&D-Fraktion hatten wir die Möglichkeit, mit vielen jungen Menschen aus der gesamten EU und anderen Teilen der Welt zusammenzukommen und über die Zukunft der EU zu diskutieren. Junge Menschen hatten dabei die einzigartige Gelegenheit, sich gegenseitig zu inspirieren, mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und anderen europäischen Entscheidungsträgern zu debattieren und sich mit Fachleuten, Aktivistinnen und Aktivisten und Content Creators über ihre Sichtweisen auszutauschen. Über diese Gelegenheit und den wertvollen Austausch haben wir uns sehr gefreut.

Wir haben uns vorgenommen, dass unsere Bildungsarbeit zunehmend auch in Form von Ausfahrten stattfinden soll. So sind wir im Jahr 2023 nach Berlin gefahren und haben in diesem Frühling Den Haag besucht. Den Haag ist der Parlaments- und Regierungssitz der Niederlande. Die Stadt in den Niederlanden ist seit bald 200 Jahren Residenz des Königshauses und beheimatet zahlreiche internationale Organisationen wie den Internationalen Gerichtshof, den Internationalen Strafgerichtshof und die Polizeibehörde Europol. Wir wollten uns die Stadt genauer anschauen und Einblicke in das politische System in den Niederlanden gewinnen sowie die Vielfalt an Kunst und Kultur kennenlernen. Dafür haben wir verschiedene Museen, Gedenkstätten und das Parlament der Niederlande besucht. Wichtig war uns, dass wir diese Ausfahrt auch nutzen, um Debatten, wie zu den weiterhin bestehenden Monarchien oder dem Umgang mit den Kolonialgeschichten verschiedener europäischer Länder zu ermöglichen und das dafür nötige Grundlagenwissen zu erweitern.

Auch über Nord-Niedersachsen hinaus kämpfen wir weiterhin für die Themen, die uns wichtig sind. Das geschieht über inhaltliche Arbeit und Anträge, Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Personal.

Mit Lasse Rebbin (UB Rotenburg) sind wir weiterhin im Juso Bundesvorstand stark vertreten. Lasse wurde 2023 auf dem Juso Bundeskongress erneut als stellvertretender Juso Bundesvorsitzender bestätigt und kümmert sich im Bundesvorstand unter anderem um den Bereich Internationales. Auf Juso Bundeskongressen konnten mehrere unserer Anträge beschlossen werden, unter anderem zu Themen wie einem Nein zur Bezahlkarte oder einer Reform des Pflegesystems.

Auch auf Landesebene bringen wir uns aktiv ein und bilden eine gemeinsame Nord-Niedersächsische Delegation zur Juso Landeskonferenz. 2023-24 wurden wir von Nike Heitmann (UB Rotenburg) und Yanik Möller (UB Heidekreis) im Juso Landesvorstand vertreten, seit Ende letzten Jahres sind nun Aileen

Tagungsunterlagen

75. ordentlicher Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen | 26. April 2025 | PFH Hansecampus Stade

Zimmermann (KV Verden), Jannis Gerken (KV Osterholz) und Sophie Brauer (UB Heidekreis) als stellvertretende Landesvorsitzende gewählt.

Solidarische Grüße

Kirsti Elle

Bezirksvorsitzende

Fabio Lindhorst

Bezirksgeschäftsführer

Bericht von Bernd Lange, MdEP

Liebe Genossinnen und Genossen,

ganz herzlich möchte ich mich bei euch für den engagierten Europawahlkampf bedanken. Wir haben gemeinsam gestritten, waren sturmfest in schwierigen Zeiten und zeigten eine starke Sozialdemokratie. Wahlkampf lebt von vielen ehrenamtlichen Aktivitäten, von kreativen Aktionen und von der Unterstützung der Kandidierenden. Allen, die dabei so tatkräftig angepackt haben, gilt mein Respekt und Hochachtung. Dankeschön!

Mit dem Wahlausgang war auch klar, dass ich für fünf weitere Jahre die Interessen der Menschen in Niedersachsen im Europäischen Parlament vertreten darf. Ich freue mich darauf, mit euch gemeinsam weiter für eine solidarische Politik zu streiten.

Wir beobachteten bei dem Ergebnis dieser Wahlen eine Kontinentalverschiebung. In allen europäischen Ländern haben rechtspopulistische Kräfte dazugewonnen. Damit ist strukturell eine konservative, rechtspopulistische Mehrheit im Europäischen Parlament vorhanden.

Eine starke, demokratische Europäische Union ist die Basis für Sicherheit, Frieden und Wohlstand für die Menschen auf unserem Kontinent. Doch Rechtspopulisten wollen unsere europäische Demokratie abbauen und gefährden soziale Rechte, Klimaschutz und Vielfalt.

Das Wahlergebnis markierte einen großen Vertrauensverlust in die Sozialdemokratie. Deshalb müssen wir Antworten auf die folgenden Fragen finden: Wo ist die sozialdemokratische Idee zur Stärkung der Interessen der arbeitenden Mitte? Wie bekommen wir es hin, dass wir Garant für wirtschaftliche und politische Sicherheit sind? Wie können wir deutlich machen, dass soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft in unseren Händen liegen?

In den Monaten nach der Europawahl wurden auch im Europäischen Parlament (EP) die Aufgaben und Schwerpunkte geklärt. Als wiedergewählter Vorsitzender der Konferenz der Ausschussvorsitzenden im Parlament hatte ich im Rahmen der Anhörungsprozesse für die designierten Kommissare und zur Organisation des neuen EP, viel um die Ohren. Sehr gefreut habe ich mich, dass ich zudem erneut zum Vorsitzenden des Ausschusses für Internationalen Handel im Europäischen Parlament (INTA) und auch zum ständigen Berichterstatter für die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA gewählt worden bin. Die Handelsbeziehungen zu den USA sind seit dem Amtsantritt von Donald Trump mit der veränderten US-Zollpolitik enormen Belastungen ausgesetzt.

Tagungsunterlagen

75. ordentlicher Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen | 26. April 2025 | PFH Hansecampus Stade

Mit Beginn der neuen Legislaturperiode bin ich auch wieder zum Vorsitzenden der länder- und partei-übergreifenden Fair Trade Working Group im Europäischen Parlament gewählt worden. Im Zusammenhang mit den Aktivitäten im Handelsbereich bin ich für die Sozialdemokraten auch zuständig für die Wirtschaftsbeziehungen mit der Ukraine und einer der drei Vorsitzenden der parlamentarischen AG zur Steuerung der Beziehungen zu Großbritannien.

Dies sind besonders herausfordernde Zeiten für die EU. Ob in der Wirtschaft oder in der Verteidigung, wir werden von Osten und Westen herausgefordert. Dies ist die Zeit, europäische Entschlossenheit und Stärke wiederzuentdecken. Einigkeit wird dabei der Schlüssel sein. Die Antwort auf „America first“ lautet deshalb: „Europe united!“

Meine Zwischenbilanz: Handelspolitik

Handelspolitik berührt viele Bereiche, die öffentlich stark diskutiert werden. Dabei stehe ich weiter für eine Handelspolitik, die sich für Menschen einsetzt und diese in den Mittelpunkt stellt. Transparenz ist deshalb absolut geboten, genauso wie die intensive Diskussion mit der Zivilgesellschaft. Hier habe ich entscheidende Verbesserungen durchgesetzt: EU-Verhandlungsvorschläge stehen nun im Internet, Protokolle von Verhandlungen sind öffentlich, es gibt einen ständigen zivilgesellschaftlichen Dialog u.v.m.

Einer meiner größten sozialdemokratischen Erfolge ist sicherlich die grundsätzliche Veränderung der Nachhaltigkeitsanforderungen in Handelsverträgen. Zusammen mit anderen Sozialdemokrat*innen habe ich erstritten, dass Handelsverträge nicht mehr nur auf Zollreduktion fokussiert sind, sondern der Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung im Vordergrund steht, auch gerade damit Arbeitsbedingungen in Ländern außerhalb der EU verbessert werden. Dazu gehören u.a. die Anerkennung und Umsetzung der acht (inzwischen zehn) Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, die Einhaltung grundlegender Umweltschutzstandards und die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Dabei müssen nicht nur die zentralen Prinzipien verankert, sondern tatsächlich durchgesetzt werden. Ich habe hierzu eine Debatte angestoßen und ein modernes Modellkapitel vorgelegt. Die Beharrlichkeit hat letztendlich zu neuen Nachhaltigkeitsanforderungen mit starken Durchsetzungsmöglichkeiten in Handelsverträgen geführt. Die EU-Kommission hat die neue Strategie ganz in meinem Sinne am 22. Juni 2022 vorgelegt.

Auch an der Ratifizierung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Japan – EU (JEEPA) war ich beteiligt. Erstmals wurde hier u.a. die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens in einem Handelsvertrag vereinbart.

Intensiv habe ich mich um das Abkommen mit Vietnam gekümmert. Vietnam ist eine enorm dynamische Volkswirtschaft und ein wichtiger Knotenpunkt in Südostasien. Das Abkommen bietet ökonomische Möglichkeiten und die Chance zivilgesellschaftliche Akteure im Land zu stärken und tiefgreifende positive Veränderungen bei den Rechten der Arbeitnehmer*innen zu erzielen. Im Kontext des Abkommens habe ich eine Road Map zur Umsetzung mit der vietnamesischen Regierung ausgehandelt. Dies hat eine Reform der vietnamesischen Arbeitsgesetzgebung mit angestoßen, die zum ersten Mal unabhängige Gewerkschaften ermöglicht.

Das neue Abkommen zwischen der EU und Chile zeigt wie unsere Wirtschaftsbeziehungen zukunftssicherer gestaltet werden können. Zudem ist so ein Abkommen von großer geopolitischer Bedeutung. Das alte Narrativ von Handelsverträgen bei denen es nur um die Reduzierung von Zöllen ging, hat

ausgedient. Stattdessen werden Strukturen für eine vertiefte und breitere Zusammenarbeit zwischen gleichgesinnten Partnern in globalen Fragen festgelegt. So zum Beispiel bei der Bewältigung des Klimawandels und der Sicherung einer nachhaltigen Versorgung mit wichtigen Rohstoffen. Aber auch die Sicherung der Arbeitnehmerrechte, der Umweltstandards und die Förderung, der Gleichstellung der Geschlechter sind vereinbart worden. Das Abkommen mit Chile umfasst den Import neuer Güter, wie Grünen Wasserstoff und verarbeitetes Lithium. Dies ist gerade für Industriearbeitsplätze in Norddeutschland von entscheidender Bedeutung.

Wir wollen eine Wasserstoffwirtschaft aufbauen und die Industrie dekarbonisieren. Dafür muss unsere Versorgung mit grünem Wasserstoff sichergestellt werden. Importe sind dabei unverzichtbar. Umso wichtiger ist es also, dass wir weltweit entsprechende Partnerschaften schließen. Dafür setze ich mich ein.

Ich streite für ein Handelsregime, das zu einer nachhaltigen Entwicklung in weniger entwickelten Ländern beiträgt. Es geht um faire Handelsabkommen mit Rücksicht auf den Entwicklungsstand und weiteren Entwicklungspfad. Ich war genau hier z.B. mit den erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen über ein Abkommen EU-Kenia befasst.

Auch bei Importen gilt es stärker die Arbeits- und Umweltbedingungen der Produktion zu achten. Unternehmen verschließen häufig die Augen davor, dass Rohstoffe für ihre Produkte wie Smartphones, aber auch beim Goldschmuck, zum Teil unter unmenschlichen Bedingungen in Konfliktregionen wie der Demokratischen Republik Kongo gefördert und vertrieben werden. Um den Teufelskreis aus Konfliktfinanzierung und dem Hunger nach Rohstoffen zu durchbrechen, hat das EP mit mir als Verhandlungsführer verbindliche Sorgfaltspflichten für Zinn, Wolfram, Tantal oder Gold durchgesetzt und es muss über die saubere Herkunft Rechenschaft abgelegt werden. Diese Gesetzgebung kann nur der Anfang einer zusätzlichen Dimension unserer Handelspolitik sein. Die globalen Wertschöpfungsketten müssen fair gestaltet werden. Schon 2013 hatte ich dazu eine Positionsbestimmung des EP verfasst und einen risikobasierten Ansatz formuliert. In der vergangenen Wahlperiode hat das europäische Sorgfaltsgesetz endlich Fahrt aufgenommen und wird Wirklichkeit.

Erfolgreich abschließen konnte ich als Verhandlungsleiter im März 2024 eine neue Gesetzgebung zum Verbot des Importes, der Vermarktung und des Exportes von Produkten, die nachweislich auf Zwangsarbeit in der Produktion beruhen. Dieses Instrument war längst überfällig. Zwar hatte sich die internationale Gemeinschaft bereits 1930 in der ILO auf die Abschaffung der Zwangsarbeit geeinigt, aber wir hatten immer noch keinen Mechanismus, um sicherzustellen, dass Produkte, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden, nicht auf unseren Binnenmarkt gelangen. Dank der Beharrlichkeit von uns Sozialdemokrat:innen wird nun den Profiten auf Kosten fundamentaler Arbeitnehmerrechte ein Riegel vorgeschoben. In der EU wollen wir Produkte nicht an unseren Grenzen stoppen, damit sie dann auf andere Märkte umgeleitet werden. Es geht um einen grundsätzlichen Wandel. Wir wollen vielmehr wirklich in die Lieferketten eingreifen und sie so verändern, dass die Rechte der Arbeitnehmer:innen geachtet werden. Diese Gesetzgebung ist ein grundlegendes Puzzlestück, um den Handel nachhaltiger zu gestalten, was eine der Hauptprioritäten der Sozialdemokrat:innen in der vergangenen Wahlperiode war. Diese Einigung ist ein großer Erfolg für uns europäische Sozialdemokrat:innen. Egal ob in der Autoherstellung in China, beim Kaffeeanbau in Brasilien bei der Tomatenernte in Spanien oder in der deutschen Fleischindustrie. Alle Unternehmen werden sich an dieses Verbot halten müssen. Ende November 2024 ist das Gesetz in Kraft getreten.

Arbeit und nachhaltige Entwicklung

Das Setzen der richtigen Rahmenbedingungen für die industrielle Entwicklung in Europa steht dabei für mich im Mittelpunkt. Erneuerung der industriellen Basis, Steigerung der Produktivität und Stärkung der Innovationskraft müssen nach vorne gebracht werden. Es geht um sichere Arbeitsplätze in der EU und in Niedersachsen, heute und morgen. So haben mein Kollege Jens Geier und ich gemeinsam mit IndustriAll Europe und EUROFER einen Aktionsplan für europäischen Stahl ins Leben gerufen, der jetzt umgesetzt werden muss, um Maßnahmen zu ergreifen, welche die europäische Stahlindustrie auf dem Weg zum CO2 neutralen, grünen Stahl unterstützt.

Foto: EP

Die Automobilindustrie in Europa ist in der Krise. Daher habe ich bereits im Parlament, im Oktober 2024, klare und schnelle Maßnahmen zur Sicherung unserer Kernindustrie gefordert und einen entsprechenden Plan mit zentralen Forderungen vorgelegt. Ich begrüße, dass die EU-Kommission einen Strategischen Dialog zur Zukunft der Automobilwirtschaft durchgeführt hat, um schnell zu handeln. Alle Beteiligten müssen hier an einem Strang ziehen, damit unsere Kernindustrie eine Zukunft hat. Vor diesem Hintergrund habe ich intensiv den Strategischen Dialog zur Zukunft der europäischen Automobilindustrie begleitet.

Sowohl beim Stahl, als auch in der Autoindustrie, aber auch für die normalen Kundinnen und Kunden gilt: Die Energiepreise sind nach wie vor zu hoch. Gerade die Strompreise müssen deutlich gesenkt werden, um die nachhaltige Entwicklung stabil zu ermöglichen.

Unsere wirtschaftliche Entwicklung ist, neben der richtigen Weichenstellung innerhalb der EU, von außenwirtschaftlicher Stabilität abhängig. Schon jetzt zeigen sich in der globalisierten Welt viele Brüche und immer mehr und neue Wettbewerber. Mit der erneuten Präsidentschaft von Donald Trump stehen uns unruhige Zeiten in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen bevor. Sollte die US-Seite z.B. illegale Zölle auf EU-Produkte erheben, werden wir eindeutig reagieren. Diesmal sind wir gut vorbereitet. Zudem brauchen wir sichere Partnerschaften auf Augenhöhe, ein großes Netz an fairen Handelsabkommen. Dadurch gibt es Stabilität in den Wirtschaftsbeziehungen, Absatzmärkte werden gesichert und die wirtschaftliche Entwicklung der Partnerländer gefördert. Das Mercosur-Abkommen würde z.B. für die Automobilindustrie in Deutschland und Niedersachsen eine erhebliche Chance bedeuten.

Vor Ort und Kontakt

Wie ihr wisst, ist der Wahlbereich eines Europaabgeordneten sehr groß, zudem bin ich auch wieder für Hamburg zuständig. Ich versuche natürlich so häufig wie möglich vor Ort zu sein.

Aktuelle Informationen gibt es auf meiner Website www.bernd-lange.de und alle zwei Wochen mit meinem Europa-Info, das hier abonniert werden kann: <https://bernd-lange.de/newsletter>

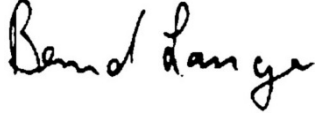
Weitere Informationen über die Politik der Europäischen Union, meine Arbeit im Europäischen Parlament, aktuelle Interviews und meine Social Media Accounts sind hier zu finden:

https://linktr.ee/Bernd_Lange

Natürlich ist mein Europabüro in Hannover (Telefon: 0511/1674-210, Email: mail@bernd-lange.de) ebenso jederzeit für euch da.

Die Arbeit als Europaabgeordneter ist darüber hinaus nur durch die gute Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen in den Ortsvereinen und Unterbezirken zu leisten. Ich danke euch ganz herzlich für euer Engagement und die Unterstützung!

Euer



Bericht von Tiemo Wölken, MdEP

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir befinden uns in bewegten und herausfordernden Zeiten – für die SPD, für Europa und auch für Niedersachsen. Knapp ein Jahr nach der Europawahl möchte ich die Gelegenheit gerne nutzen, um mich erneut bei Euch für Eure große Unterstützung und Euer Engagement im letzten Europawahlkampf bedanken. Eure Rückendeckung war entscheidend dafür, dass ich meine Arbeit im Europäischen Parlament fortsetzen und mich weiterhin für unsere Region einsetzen kann.

Auch in dieser Legislaturperiode bin ich wieder zum Koordinator unserer sozialdemokratischen Fraktion im Ausschuss für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit gewählt worden. Ich freue mich, dort weiter für einen konsequenten und sozial gerechten Klimaschutz kämpfen zu können. In den letzten Jahren konnten wir bereits zahlreiche Erfolge erzielen, sei es der Ausbau der Erneuerbaren, die Transformation der Industrie oder die Stärkung von nachhaltiger Landwirtschaft. Durch die gemeinsamen Bemühungen von Europa, dem Bund, Land und den Kommunen konnten wir neuen Schwung in den Ausbau von Wind- und Solarenergie bringen und damit direkt vor Ort die Lebensqualität der Menschen verbessern. Gerade in Zeiten, in denen Konservative und Rechte versuchen, die erreichten Fortschritte beim Klimaschutz zurückzudrehen, brauchen wir eine klare Haltung und den Mut, auch gegen Widerstände für das einzustehen, was notwendig und richtig ist.

Gleichzeitig stehen wir international – aber auch innerhalb Europas – vor großen Herausforderungen. Der Rechtsruck im Parlament und in den Mitgliedsstaaten erschwert starke und gemeinsame europäische Antworten, die wir in dieser Zeit mehr denn je benötigen. Ein zentrales Feld stellt dabei die digitale Souveränität Europas dar. Europa braucht eine starke digitale Infrastruktur, klare gesetzliche Regeln und einen echten Fokus auf Grundrechte im digitalen Raum. Wir müssen das digitale Europa stärken und die Macht großer Tech-Konzerne wirksam begrenzen. Auch deshalb war es mir eine besondere Ehre, als Mitglied der AG Digitales an den Koalitionsverhandlungen in Berlin mitgewirkt zu haben.

Auch die Rückkehr von Trump auf die politische Bühne zeigt, welche Dringlichkeit gemeinsame europäische Antworten haben. Die neue Zollpolitik der USA ist nicht nur ein Frontalangriff auf unsere Industrie, sondern auch ein Versuch, Europa unter Druck zu setzen. Es kommt hierbei auf eine selbstbewusste Europäische Union an, die geschlossen und hart reagiert, damit wir unsere wirtschaftliche Stärke behaupten. Für uns als Sozialdemokrat*innen steht fest: Wir stehen hinter unserer Industrie und den Beschäftigten und arbeiten dafür widerstandsfähiger gegenüber politischem Druck von Autokrat*innen zu werden.

Tagungsunterlagen

75. ordentlicher Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen | 26. April 2025 | PFH Hansecampus Stade

Ein Thema, das uns in Niedersachsen immer wieder umtreibt, ist die Lage der Automobilindustrie. Die EU-Kommission hat kürzlich ihren Aktionsplan für die Zukunft des Automobilsektors vorgelegt. Viele unserer sozialdemokratischen Forderungen sind darin aufgenommen worden: etwa die Stärkung der europäischen Batterieproduktion, das Festhalten am Verbrenner-Aus bis 2035 und das Ziel, Elektromobilität für alle Menschen erschwinglich zu machen. Doch Empfehlungen allein reichen nicht. Wir brauchen klare politische Rahmenbedingungen, Verbindlichkeit und Investitionen, um den Industriestandort Niedersachsen und die Arbeitsplätze zu erhalten. Ich habe immer wieder deutlich gemacht, dass der Weg zur Elektromobilität nicht in Frage gestellt werden darf. Die aktuelle Krise bei Volkswagen zeigt: Wer jetzt zögert, gefährdet Arbeitsplätze und damit Vertrauen. Daher war es ein wichtiger Schritt, kurzfristige

Zielverfehlungen bei CO₂-Grenzwerten auszugleichen, ohne das Klimaschutzziel langfristig zu gefährden. Gleichzeitig fordern wir aber ein breites Maßnahmenpaket, das insbesondere auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen den Umstieg auf EMobilität ermöglicht.

Dass bei der Überarbeitung des EU-Klimaziels von 2040 nun Taschenspielertricks angewendet werden sollen, um ambitionierte Maßnahmen zu verwässern, können und werden wir nicht hinnehmen. Wer Klimaschutz ernst meint, muss selbst handeln und seine Verantwortung nicht in Drittstaaten exportieren. Auch beim Lieferkettengesetz erleben wir einen gefährlichen Rückschritt. Die rechts-konservative Mehrheit im EUParlament hat zentrale Bestandteile des Gesetzes entkernt. Wenn Klimapläne keine Umsetzungsverpflichtung mehr haben, dann sind sie nicht mehr als eine Absichtserklärung. Als Sozialdemokrat*innen haben uns entschieden dagegen gestemmt, denn soziale und ökologische Standards müssen gerade in Krisenzeiten verteidigt werden.

Wir erleben also eine Zeit von Umbrüchen. Deutschland und Europa müssen sich neu sortieren, um den zahlreichen Aufgaben gerecht zu werden. Aber genau in solchen Zeiten braucht es standhafte Sozialdemokratie, die als verlässliche Kraft für ein geeintes Europa mit einer starken Industrie und guter Arbeit kämpft. Lasst uns also gemeinsam weiter daran arbeiten, Europa zu stärken, die Demokratie vor seinen Feinden zu verteidigen und konkrete Verbesserungen für die Menschen zu erkämpfen.

Mit herzlichen und solidarischen Grüßen

Euer



Timo Wölken

Bericht der Ltd. Bezirksgeschäftsführerin

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte euch einen Überblick über die Entwicklungen und Ereignisse seit unserem letzten Bezirksparteitag am 01.07.2023 geben. Diese Zeit war geprägt von bedeutenden Übergängen, intensiven Vorbereitungen und einer engagierten Zusammenarbeit innerhalb unseres Bezirks.

Übergabe und Verabschiedung von Heino Baumgarten

Die erste Zeit nach dem Bezirksparteitag stand ganz im Zeichen der Übergabe durch unseren vorherigen Bezirksgeschäftsführer Heino Baumgarten. Am 18.11.2023 haben wir ihn in einer großartigen Veranstaltung gebührend verabschiedet. Sein Engagement und seine Verdienste für die SPD in Nord-Niedersachsen werden uns stets in Erinnerung bleiben und ich bin dankbar, ihn jemanden zu haben, den man jederzeit um Rat fragen kann. Seit dem 01.11.2023 bin ich als seine Nachfolgerin Ltd. Bezirksgeschäftsführerin der SPD im Bezirk Nord-Niedersachsen.

Vorbereitung der Europawahl 2024

Das Jahr 2023 war stark von den Vorbereitungen zur Europawahl geprägt. Am 23.09.2023 führten wir sowohl die Bezirksvertreterversammlung zur Europawahl als auch die Bezirks-Europakonferenz durch. Auch der im Dezember 2023 stattfindende Bundesparteitag stand im Zeichen der Europawahl. Mit der Europa-Delegiertenkonferenz im Januar 2024 in Berlin starteten wir dann offiziell in den Europawahlkampf, in dem unsere Spitzenkandidatin Kirsti Elle eine herausragende Rolle im Bezirk spielte.

Interne Weiterentwicklungsprozesse und Jubiläumsfeier

Nach der Europawahl 2024 hatten wir geplant, unsere internen Weiterentwicklungsprozesse in Ruhe fortzuführen und uns mit der Feier zum 60. Jubiläum der SPD in Nord-Niedersachsen am 02.11.2024 einen würdigen Jahresabschluss zu gönnen. Doch dann erreichte uns die Nachricht von den vorgezogenen Bundestagsneuwahlen.

Außerordentlicher Bezirksparteitag und Bundestagswahlkampf

In kürzester Zeit mussten wir unseren außerordentlichen Bezirksparteitag zur Festlegung der Reihenfolge unserer Direktkandidaten und unsere Bezirksvertreterversammlung zur Bundestagswahl im Dezember 2024 durchführen. Dies führte zu einem überaus intensiven und verdichteten Bundestagswahlkampf, der nicht nur den Kandidierenden, Wahlkampfteams und Ehrenamtlichen extrem viel abverlangte, sondern auch uns Hauptamtlichen vor große Herausforderungen stellte.

Verdichtete UB-Parteitage

Der kurze Wahlkampf führte Anfang 2025 zu einem stark verdichteten und verkürzten Zeitfenster für die UB-Parteitage. In nur 8 Tagen führten wir 5 UB-Parteitage durch, was eine enorme organisatorische Leistung darstellte.

Tagungsunterlagen

75. ordentlicher Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen | 26. April 2025 | PFH Hanse-campus Stade

Zeit für ein großes „Dankeschön!“

An dieser Stelle möchte ich meinem Team danken. Alle Neuerungen, regelmäßige Teamklausuren und die verstärkte digitale Zusammenarbeit wurden bereitwillig und mutig angenommen. Auch die enormen Belastungen des vergangenen halben Jahres wurden ohne Klagen und mit anhaltender Motivation überstanden. Ein großer Dank gilt auch dem Bezirksvorstand, der den Übergang zu Onlinesitzungen über Teams gerne mitgetragen hat, sowie den Bezirksarbeitsgemeinschaften. Euch allen gehört mein Dank für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit.

Fazit

Zusammenfassend blicke ich auf eine herausfordernde, aber auch sehr erfolgreiche Zeit zurück. Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam die kommenden Aufgaben meistern werden, und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit. Unsere neuen Ansätze, wie z.B. den Gliederungen Muster-Pressemitteilungen zur Verfügung zu stellen, erste kleine Versuche im Bereich SocialMedia, oder unser neues einheitliches Begrüßungsmanagement, sind wichtige und gelungene Schritte –gemeinsam können und werden wir die diese positive Entwicklung weiterführen.

Mit solidarischen Grüßen,



Tina Wilke

Ltd. Bezirksgeschäftsführer der SPD Nord-Niedersachsen

MITGLIEDER- ENTWICKLUNGEN

Jahresbericht zur Mitgliederentwicklung im Jahr 2024



BZ - SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen (140000000000)

A: Bestandsdaten

Mitgliederbestand am 31.12.2024	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
4780	3146 (65,82 %)	1631 (34,12 %)	2 (,04 %)	1 (,021 %)

Altersgruppen der Mitglieder

unter 35 Jahren	zwischen 35 und 59 Jahren	ab 60 Jahren
447 (9,35 %)	1330 (27,82 %)	3003 (62,82 %)

Der Altersdurchschnitt aller Mitglieder beträgt 64 Jahre.

Beschäftigungsverhältnisse der Mitglieder						
Angestellte/r	Arbeiter/in	Selbständige/r	Schüler/in bzw. Student/in	Hausfrau/-mann	Beamte/in	Azubi
1441	418	249	393	335	561	74
Rentner/in Pensionär/in	Berufssoldat/in	Leitende/r Angestellte/r	Arbeitssuchend / Arbeitslos	Landwirt/in	Unbekanntes	
730	36	48	61	10	326	

In unserem **Bezirk** lassen sich die Mitglieder gemäß der Beitragstabelle folgendermaßen einstufen:

Beitragshöhe	Anteil
weniger als 6 Euro pro Monat	25,98 %
zwischen 6 und 20 Euro pro Monat	62,55 %
zwischen 21 und 50 Euro pro Monat	9,10 %
mehr als 50 Euro pro Monat	2,37 %

Insgesamt zahlen die Mitglieder im Durchschnitt 11,64 Euro an monatlichem Beitrag.

B: Mitgliederzugänge

Neueintritt(e) - Gesamt	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
203	125 (61,58 %)	77 (37,93 %)	1 (,49 %)	0 (,000 %)
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr			
4,25 %	+ 101			

Im Schnitt waren die Neumitglieder 46,8 Jahre alt.

C: Mitgliederabgänge

Abgänge - Gesamt	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
296	216 (72,97 %)	79 (26,69 %)	1 (,34 %)	0 (,000 %)
Austritte	Todesfälle		Sonstiges	
195	101		0	
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr			
4,08 %	+ 36			

D: Mitgliederentwicklung

In den vergangenen 10 Jahren sah unsere Mitgliederentwicklung so aus (Bestand zum Jahresende):

2015	2016	2017	2018	2019
5635	5571	5641	5563	5394
2020	2021	2022	2023	2024
5208	5191	5042	4870	4780

Hinweis: Der tatsächliche Mitgliederbestand kann sich durch rückwirkende Änderungen (bspw. Umzüge, Eintritte, Austritt, etc.) verändern. Dieser Bericht weist den Ist-Stand zum Ende des oben angegebenen Auswertungsjahres aus.

Jahresbericht zur Mitgliederentwicklung im Jahr 2024



UB - SPD-UB Cuxhaven (140011000000)

A: Bestandsdaten

Mitgliederbestand am 31.12.2024	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
1244	826 (66,40 %)	418 (33,60 %)	0 (,00 %)	0 (,000 %)

Altersgruppen der Mitglieder

unter 35 Jahren	zwischen 35 und 59 Jahren	ab 60 Jahren
97 (7,80 %)	327 (26,29 %)	820 (65,92 %)

Der Altersdurchschnitt aller Mitglieder beträgt 65 Jahre.

Beschäftigungsverhältnisse der Mitglieder						
Angestellte/r	Arbeiter/in	Selbständige/r	Schüler/in bzw. Student/in	Hausfrau/-mann	Beamte/in	Azubi
353	153	56	80	101	136	20
Rentner/in Pensionär/in	Berufssoldat/in	Leitende/r Angestellte/r	Arbeitssuchend / Arbeitslos	Landwirt/in	Unbekanntes	
206	12	10	22	6	69	

In unserem **Unterbezirk** lassen sich die Mitglieder gemäß der Beitragstabelle folgendermaßen einstufen:

Beitragshöhe	Anteil
weniger als 6 Euro pro Monat	26,88 %
zwischen 6 und 20 Euro pro Monat	64,53 %
zwischen 21 und 50 Euro pro Monat	6,89 %
mehr als 50 Euro pro Monat	1,70 %

Insgesamt zahlen die Mitglieder im Durchschnitt 11,01 Euro an monatlichem Beitrag.

B: Mitgliederzugänge

Neueintritt(e) - Gesamt	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
40	25 (62,50 %)	15 (37,50 %)	0 (,00 %)	0 (,000 %)
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr			
3,22 %	+ 4			

Im Schnitt waren die Neumitglieder 50,0 Jahre alt.

C: Mitgliederabgänge

Abgänge - Gesamt	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
71	53 (74,65 %)	18 (25,35 %)	0 (,00 %)	0 (,000 %)
Austritte	Todesfälle		Sonstiges	
40	31		0	
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr			
3,22 %	+ 8			

D: Mitgliederentwicklung

In den vergangenen 10 Jahren sah unsere Mitgliederentwicklung so aus (Bestand zum Jahresende):

2015	2016	2017	2018	2019
1467	1435	1436	1445	1399
2020	2021	2022	2023	2024
1355	1317	1293	1265	1244

Hinweis: Der tatsächliche Mitgliederbestand kann sich durch rückwirkende Änderungen (bspw. Umzüge, Eintritte, Austritt, etc.) verändern. Dieser Bericht weist den Ist-Stand zum Ende des oben angegebenen Auswertungsjahres aus.

Jahresbericht zur Mitgliederentwicklung im Jahr 2024



UB - SPD-UB Heidekreis (140041000000)

A: Bestandsdaten

Mitgliederbestand am 31.12.2024	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
740	476 (64,32 %)	264 (35,68 %)	0 (,00 %)	0 (,000 %)

Altersgruppen der Mitglieder

unter 35 Jahren	zwischen 35 und 59 Jahren	ab 60 Jahren
103 (13,92 %)	210 (28,38 %)	427 (57,70 %)

Der Altersdurchschnitt aller Mitglieder beträgt 61 Jahre.

Beschäftigungsverhältnisse der Mitglieder						
Angestellte/r	Arbeiter/in	Selbständige/r	Schüler/in bzw. Student/in	Hausfrau/-mann	Beamte/in	Azubi
234	55	43	64	40	69	9
Rentner/in Pensionär/in	Berufssoldat/in	Leitende/r Angestellte/r	Arbeitssuchend / Arbeitslos	Landwirt/in	Unbekanntes	
127	4	3	5	2	64	

In unserem **Unterbezirk** lassen sich die Mitglieder gemäß der Beitragstabelle folgendermaßen einstufen:

Beitragshöhe	Anteil
weniger als 6 Euro pro Monat	25,42 %
zwischen 6 und 20 Euro pro Monat	59,64 %
zwischen 21 und 50 Euro pro Monat	11,60 %
mehr als 50 Euro pro Monat	3,34 %

Insgesamt zahlen die Mitglieder im Durchschnitt 12,90 Euro an monatlichem Beitrag.

B: Mitgliederzugänge

Neueintritt(e) - Gesamt	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
41	24 (58,54 %)	17 (41,46 %)	0 (,00 %)	0 (,000 %)
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr			
5,54 %	+ 22			

Im Schnitt waren die Neumitglieder 44,6 Jahre alt.

C: Mitgliederabgänge

Abgänge - Gesamt	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
57	40 (70,18 %)	16 (28,07 %)	1 (1,75 %)	0 (,000 %)
Austritte	Todesfälle		Sonstiges	
40	17		0	
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr			
5,41 %	+ 18			

D: Mitgliederentwicklung

In den vergangenen 10 Jahren sah unsere Mitgliederentwicklung so aus (Bestand zum Jahresende):

2015	2016	2017	2018	2019
792	814	866	845	829
2020	2021	2022	2023	2024
787	801	793	761	740

Hinweis: Der tatsächliche Mitgliederbestand kann sich durch rückwirkende Änderungen (bspw. Umzüge, Eintritte, Austritt, etc.) verändern. Dieser Bericht weist den Ist-Stand zum Ende des oben angegebenen Auswertungsjahres aus.

Jahresbericht zur Mitgliederentwicklung im Jahr 2024



UB - SPD-UB Osterholz (140031000000)

A: Bestandsdaten

Mitgliederbestand am 31.12.2024	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
672	430 (63,99 %)	242 (36,01 %)	0 (,00 %)	0 (,000 %)

Altersgruppen der Mitglieder

unter 35 Jahren	zwischen 35 und 59 Jahren	ab 60 Jahren
44 (6,55 %)	177 (26,34 %)	451 (67,11 %)

Der Altersdurchschnitt aller Mitglieder beträgt 66 Jahre.

Beschäftigungsverhältnisse der Mitglieder						
Angestellte/r	Arbeiter/in	Selbständige/r	Schüler/in bzw. Student/in	Hausfrau/-mann	Beamte/in	Azubi
211	60	32	63	55	80	7
Rentner/in Pensionär/in	Berufssoldat/in	Leitende/r Angestellte/r	Arbeitssuchend / Arbeitslos	Landwirt/in	Unbekanntes	
91	3	2	13	1	39	

In unserem **Unterbezirk** lassen sich die Mitglieder gemäß der Beitragstabelle folgendermaßen einstufen:

Beitragshöhe	Anteil
weniger als 6 Euro pro Monat	25,72 %
zwischen 6 und 20 Euro pro Monat	63,67 %
zwischen 21 und 50 Euro pro Monat	8,45 %
mehr als 50 Euro pro Monat	2,16 %

Insgesamt zahlen die Mitglieder im Durchschnitt 11,32 Euro an monatlichem Beitrag.

B: Mitgliederzugänge

Neueintritt(e) - Gesamt	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
18	13 (72,22 %)	5 (27,78 %)	0 (,00 %)	0 (,000 %)
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr			
2,68 %	+ 8			

Im Schnitt waren die Neumitglieder 41,1 Jahre alt.

C: Mitgliederabgänge

Abgänge - Gesamt	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
39	31 (79,49 %)	8 (20,51 %)	0 (,00 %)	0 (,000 %)
Austritte	Todesfälle		Sonstiges	
22	17		0	
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr			
3,27 %	+ 1			

D: Mitgliederentwicklung

In den vergangenen 10 Jahren sah unsere Mitgliederentwicklung so aus (Bestand zum Jahresende):

2015	2016	2017	2018	2019
898	869	860	845	802
2020	2021	2022	2023	2024
764	764	725	685	672

Hinweis: Der tatsächliche Mitgliederbestand kann sich durch rückwirkende Änderungen (bspw. Umzüge, Eintritte, Austritt, etc.) verändern. Dieser Bericht weist den Ist-Stand zum Ende des oben angegebenen Auswertungsjahres aus.

Jahresbericht zur Mitgliederentwicklung im Jahr 2024



UB - SPD-UB Rotenburg (140012000000)

A: Bestandsdaten

Mitgliederbestand am 31.12.2024	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
692	485 (70,09 %)	204 (29,48 %)	2 (,29 %)	1 (,145 %)

Altersgruppen der Mitglieder

unter 35 Jahren	zwischen 35 und 59 Jahren	ab 60 Jahren
69 (9,97 %)	218 (31,50 %)	405 (58,53 %)

Der Altersdurchschnitt aller Mitglieder beträgt 61 Jahre.

Beschäftigungsverhältnisse der Mitglieder						
Angestellte/r	Arbeiter/in	Selbständige/r	Schüler/in bzw. Student/in	Hausfrau/-mann	Beamte/in	Azubi
219	61	38	61	44	88	19
Rentner/in Pensionär/in	Berufssoldat/in	Leitende/r Angestellte/r	Arbeitssuchend / Arbeitslos	Landwirt/in	Unbekanntes	
80	10	4	4	0	57	

In unserem **Unterbezirk** lassen sich die Mitglieder gemäß der Beitragstabelle folgendermaßen einstufen:

Beitragshöhe	Anteil
weniger als 6 Euro pro Monat	23,81 %
zwischen 6 und 20 Euro pro Monat	66,70 %
zwischen 21 und 50 Euro pro Monat	7,62 %
mehr als 50 Euro pro Monat	1,87 %

Insgesamt zahlen die Mitglieder im Durchschnitt 11,02 Euro an monatlichem Beitrag.

B: Mitgliederzugänge

Neueintritt(e) - Gesamt	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
41	26 (63,41 %)	14 (34,15 %)	1 (2,44 %)	0 (,000 %)
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr			
5,92 %	+ 32			

Im Schnitt waren die Neumitglieder 48,8 Jahre alt.

C: Mitgliederabgänge

Abgänge - Gesamt	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
36	24 (66,67 %)	12 (33,33 %)	0 (,00 %)	0 (,000 %)
Austritte	Todesfälle		Sonstiges	
30	6		0	
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr			
4,34 %	+ 5			

D: Mitgliederentwicklung

In den vergangenen 10 Jahren sah unsere Mitgliederentwicklung so aus (Bestand zum Jahresende):

2015	2016	2017	2018	2019
739	750	741	738	717
2020	2021	2022	2023	2024
713	726	710	692	692

Hinweis: Der tatsächliche Mitgliederbestand kann sich durch rückwirkende Änderungen (bspw. Umzüge, Eintritte, Austritt, etc.) verändern. Dieser Bericht weist den Ist-Stand zum Ende des oben angegebenen Auswertungsjahres aus.

Jahresbericht zur Mitgliederentwicklung im Jahr 2024



UB - SPD-UB Stade (140021000000)

A: Bestandsdaten

Mitgliederbestand am 31.12.2024	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
761	482 (63,34 %)	279 (36,66 %)	0 (,00 %)	0 (,000 %)

Altersgruppen der Mitglieder

unter 35 Jahren	zwischen 35 und 59 Jahren	ab 60 Jahren
66 (8,67 %)	212 (27,86 %)	483 (63,47 %)

Der Altersdurchschnitt aller Mitglieder beträgt 64 Jahre.

Beschäftigungsverhältnisse der Mitglieder						
Angestellte/r	Arbeiter/in	Selbständige/r	Schüler/in bzw. Student/in	Hausfrau/-mann	Beamte/in	Azubi
239	48	42	55	54	95	8
Rentner/in Pensionär/in	Berufssoldat/in	Leitende/r Angestellte/r	Arbeitssuchend / Arbeitslos	Landwirt/in	Unbekanntes	
123	4	21	8	1	55	

In unserem **Unterbezirk** lassen sich die Mitglieder gemäß der Beitragstabelle folgendermaßen einstufen:

Beitragshöhe	Anteil
weniger als 6 Euro pro Monat	24,72 %
zwischen 6 und 20 Euro pro Monat	59,64 %
zwischen 21 und 50 Euro pro Monat	12,54 %
mehr als 50 Euro pro Monat	3,10 %

Insgesamt zahlen die Mitglieder im Durchschnitt 12,45 Euro an monatlichem Beitrag.

B: Mitgliederzugänge

Neueintritt(e) - Gesamt	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
37	25 (67,57 %)	12 (32,43 %)	0 (,00 %)	0 (,000 %)
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr			
4,86 %	+ 25			

Im Schnitt waren die Neumitglieder 47,4 Jahre alt.

C: Mitgliederabgänge

Abgänge - Gesamt	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
58	40 (68,97 %)	18 (31,03 %)	0 (,00 %)	0 (,000 %)
Austritte	Todesfälle		Sonstiges	
38	20		0	
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr			
4,99 %	+ 11			

D: Mitgliederentwicklung

In den vergangenen 10 Jahren sah unsere Mitgliederentwicklung so aus (Bestand zum Jahresende):

2015	2016	2017	2018	2019
908	882	907	893	857
2020	2021	2022	2023	2024
826	824	810	780	761

Hinweis: Der tatsächliche Mitgliederbestand kann sich durch rückwirkende Änderungen (bspw. Umzüge, Eintritte, Austritt, etc.) verändern. Dieser Bericht weist den Ist-Stand zum Ende des oben angegebenen Auswertungsjahres aus.

Jahresbericht zur Mitgliederentwicklung im Jahr 2024



UB - SPD-UB Verden (140032000000)

A: Bestandsdaten

Mitgliederbestand am 31.12.2024	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
671	447 (66,62 %)	224 (33,38 %)	0 (,00 %)	0 (,000 %)

Altersgruppen der Mitglieder

unter 35 Jahren	zwischen 35 und 59 Jahren	ab 60 Jahren
68 (10,13 %)	186 (27,72 %)	417 (62,15 %)

Der Altersdurchschnitt aller Mitglieder beträgt 63 Jahre.

Beschäftigungsverhältnisse der Mitglieder						
Angestellte/r	Arbeiter/in	Selbständige/r	Schüler/in bzw. Student/in	Hausfrau/-mann	Beamte/in	Azubi
185	41	38	70	41	93	11
Rentner/in Pensionär/in	Berufssoldat/in	Leitende/r Angestellte/r	Arbeitssuchend / Arbeitslos	Landwirt/in	Unbekanntes	
103	3	8	9	0	42	

In unserem **Unterbezirk** lassen sich die Mitglieder gemäß der Beitragstabelle folgendermaßen einstufen:

Beitragshöhe	Anteil
weniger als 6 Euro pro Monat	28,79 %
zwischen 6 und 20 Euro pro Monat	60,08 %
zwischen 21 und 50 Euro pro Monat	8,72 %
mehr als 50 Euro pro Monat	2,41 %

Insgesamt zahlen die Mitglieder im Durchschnitt 11,46 Euro an monatlichem Beitrag.

B: Mitgliederzugänge

Neueintritt(e) - Gesamt	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
26	12 (46,15 %)	14 (53,85 %)	0 (,00 %)	0 (,000 %)
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr			
3,87 %	+ 10			

Im Schnitt waren die Neumitglieder 45,7 Jahre alt.

C: Mitgliederabgänge

Abgänge - Gesamt	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
35	28 (80,00 %)	7 (20,00 %)	0 (,00 %)	0 (,000 %)
Austritte	Todesfälle		Sonstiges	
25	10		0	
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr			
3,73 %	- 7			

D: Mitgliederentwicklung

In den vergangenen 10 Jahren sah unsere Mitgliederentwicklung so aus (Bestand zum Jahresende):

2015	2016	2017	2018	2019
831	821	830	797	790
2020	2021	2022	2023	2024
763	759	711	687	671

Hinweis: Der tatsächliche Mitgliederbestand kann sich durch rückwirkende Änderungen (bspw. Umzüge, Eintritte, Austritt, etc.) verändern. Dieser Bericht weist den Ist-Stand zum Ende des oben angegebenen Auswertungsjahres aus.

ANTRÄGE

Bildungspolitik

Antrag B1

Antragsteller: Ortsverein Kirchlinteln

Lehramtsausbildung an die vorhandenen Schulformen anpassen! Duales Lehramt an Gesamtschulen einführen.

Es gibt schon seit Jahren Oberschulen und Gesamtschulen, aber keine Lehramts-Ausbildung dafür. Die Einführung eines Lehramtes an Gesamtschulen kann die angehenden Lehrkräfte besser auf die modernen Unterrichtsformen in Oberschulen und Gesamtschulen vorbereiten.

Es gibt regelmäßig Abordnungen und Einstellungen von Gymnasiallehrkräften an Gesamtschulen und Oberschulen, deshalb müssen Gymnasiallehrkräfte ebenfalls Teile des Gesamtschullehramts studieren.

Ein duales Studium stellt einen starken Anreiz dar, den Beruf einer Lehrkraft anzutreten. Auch ein duales Gesamtschulstudium ist unverzichtbar.

Begründung:

Es gibt folgende Lehrämter:

- a) Grund- und Hauptschule,
- b) Realschule und
- c) Gymnasium.

Für Oberschulen und Gesamtschulen gibt es keine spezielle Ausbildung. Viele dieser Schulen haben bereits moderne Lernformen (Personalisiertes Lernen, Lernbegleitung, Selbstorganisiertes Lernen in Lernbüros, Peer Learning, Projektbasiertes Lernen...) erarbeitet. Es gibt unterschiedliche Unterrichtseinheiten, die nicht mehr auf 45 Minuten festgelegt sind, sondern zum Beispiel 70 oder 80 Minuten betragen können.

Im Landkreis Verden gibt es Grundschulen, Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien.

Oberschulen und Gesamtschulen haben viele Gemeinsamkeiten im Unterrichten. Es ist dringend notwendig, ein Lehramt an Gesamtschulen einzurichten.

Auch angehende Gymnasiallehrkräfte müssen Teile des Gesamtschullehramts studieren. Denn zur Zeit wird das Studium des gymnasialen Lehramts am häufigsten gewählt und wenn diese angehenden Lehrerinnen und Lehrer an Oberschulen und Gesamtschulen angeordnet werden, müssen Sie dafür ausgebildet sein.

Ein Lehramt an Grundschulen richtet sich dann ganz konzentriert auf die Bedürfnisse der 6 bis 10-jährigen.

Bereits etwa 30 % der Studierenden der Lehrämter unterrichten ohne jegliche „Vorbildung“ oder Unterstützung an Schulen, um sich das Studium finanzieren zu können. Ein duales Lehramtsstudium erhöht die Motivation LehrerIn/Lehrer zu werden noch stärker.

Ein duales Lehramtsstudium an Gesamtschulen wirkt also in doppelter Hinsicht dem Lehrkräftemangel entgegen.

Empfehlung des Antragskommission: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Antrag B2

Antragsteller: Jusos Nord-Niedersachsen

„Hast du denn keine eigene CNC-Fräse zuhause?“ – Betriebe müssen Lernmittel zur Verfügung stellen!

Wir fordern, dass ausbildende Betriebe dazu verpflichtet werden, den Auszubildenden alle notwendigen Lernmittel zur Verfügung zu stellen. Dafür braucht es eine klare Regelung im Berufsbildungsgesetz. Zudem muss auch gewährleistet werden, dass die Berufsschulen die notwendigen Lernmittel und ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Begründung:

Im Ausbildungsreport der DGB-Jugend kann man viele Schlüsse ziehen, die für eine Verbesserung der Situation von Auszubildenden in Deutschland dringend notwendig wären.

Wenn ab dem dritten Ausbildungsjahr weniger als die Hälfte der Auszubildenden die Ausbildung in ihrem Betrieb weiterempfehlen würden, dann darf man eine problematische Situation für das duale Ausbildungssystem in Deutschland feststellen. Nur knapp etwas mehr als die Hälfte der Auszubildenden in dieser Befragung gaben an, dass sie die Qualität der Ausbildung an ihrer Berufsschule als „Sehr gut“ oder „Gut“ bezeichnen würden, das ergibt einen starken Rückgang um 5,3%.

Gerade unter dem Themenkomplex einer modernen Ausbildung hebt der Bericht der DGB-Jugend starke Mängel hervor. So sehen sich mehr als ein Drittel der Auszubildenden durch ihre Berufsschule nur „ausreichend“ oder sogar „mangelhaft“ vorbereitet auf die Anforderungen der Digitalisierung in der Arbeitswelt. Dass die Menschen, die die Zukunft dieser Arbeitsgesellschaft sein sollen und mit dem Abschluss ihrer Ausbildung befähigt sein sollen in einen modernen und wandelbaren Arbeitsmarkt einzusteigen, sich eher schlecht als recht auf eine Arbeitswelt vorbereitet fühlen deren rasante

Veränderungen immer wieder hervorgehoben werden kann für eine Gesellschaft, die sich eine Zukunft wünscht in dem Menschen mit einer Ausbildung eine gute und sichere Zukunft haben keinen Zustand sein.

Ein Faktor, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sollte sein, dass die Berufsschulen mit den notwendigen technischen Einrichtungen und Lernmitteln ausgestattet sein müssen, die die zukünftige Arbeitswelt von ihnen erwartet. Gleichzeitig müssen dazu auch die Lehrenden in der Lage sein, die Nutzung dieser Lernmittel und technischen Einrichtungen zu vermitteln. Ein Sparzwang an dieser Stelle würde ein Sparen an der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft der arbeitenden Menschen in Deutschland bedeuten.

Gleichzeitig müssen aber auch die Betriebe dazu verpflichtet werden ihren Auszubildenden die notwendigen Mittel für eine moderne und digitale Ausbildung zur Verfügung zu stellen. Es kann nicht von den Auszubildenden erwartet werden, dass sie diese Mittel auf eigene Kosten beschaffen müssen. 39,4% der Befragten in der Erhebung der DGB-Jugend gaben an dieser Stelle an, „selten“ oder „nie“ die notwendigen technischen Mittel für eine moderne digitale Ausbildung von ihren Betrieben zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Wie auch die DGB-Jugend kommen wir hier zu dem Schluss, dass dringend von politischer Seite gegengesteuert werden muss, wenn die duale Ausbildung in Deutschland nicht soziale Ungleichheiten weiter befeuern soll. Das Gebot der Chancengleichheit darf nicht durch Sparzwang untergraben werden, dies würde einen Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften noch einmal weiter befeuern.

Zu diesem Zwecke sind sowohl die Investitionen in die Institutionen der beruflichen Ausbildungen wie zum Beispiel die technische Ausstattung an Berufsschulen und die moderne Ausbildung der Lehrenden eine Notwendigkeit. Wir schließen uns auch der Forderung an, dass es einer Änderung des Berufsbildungsgesetzes bedarf, die die Betriebe dazu verpflichtet, ihren Auszubildenden die technischen Mittel für eine gerechte und moderne Ausbildung zur Verfügung zu stellen.

Empfehlung des Antragskommission: Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion

Finanzpolitik

Antrag F1

Antragsteller: Unterbezirk Cuxland

Zukunftsinvestitionen schneller ermöglichen!

Wir fordern das Einbeziehen von gesellschaftlichen Aspekten in die Berechnung der Konjunkturkomponente.

Begründung:

Die Position der Jusos und der SPD dazu, wie Staat finanzpolitisch agieren sollte ist spätestens seit dem letztjährigen Bundesparteitag deutlich. Wir wollen uns entfernen von zu strikten und unsinnigen fiskalpolitischen Regulierungen. Stattdessen sollen mehr Investitionen in die Zukunft, sprich in Bildung, die Dekarbonisierung der Wirtschaft, die Energiewende usw. ermöglicht werden, schließlich sind diese von elementarer Bedeutung dafür, dass auch in Zukunft weiterhin ein Leben in Sicherheit und Wohlstand möglich sein kann. Hierzu soll die Schuldenbremse des Grundgesetzes dahingehend reformiert werden, dass Investitionen von ihr ausgenommen werden. Allerdings lässt sich an dieser Stelle auch die Problematik feststellen, dass es zu diesem Schritt und der anschließenden Ermöglichung von wichtigen Investitionen eine Änderung des Grundgesetzes bedarf und somit einer Mehrheit von zwei Dritteln in beiden Parlamentskammern. Nur erscheint eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat in Anbetracht der aktuellen Mehrheitsverhältnisse sowie der Positionen der einzelnen Parteien im Moment nicht realistisch. Deshalb ist es notwendig, auch über Maßnahmen nachzudenken, die mehr Investitionen abseits einer Grundgesetzänderung ermöglichen.

Eine Maßnahme hierzu wäre die Änderung der Berechnung der Konjunkturkomponente, denn die Berechnung der Konjunkturkomponente ist in einem Bundesgesetz geregelt und wäre somit mit einfacher Mehrheit veränderbar. Konkret besteht die Konjunkturkomponente darin, dass sie je nach konjunktureller Entwicklung eine höhere oder geringere Schuldenaufnahme ermöglicht. Die tatsächliche Höhe der zusätzlich ermöglichten Schuldenaufnahme wird bestimmt durch eine Berechnungsmodus, bei dem die Produktionslücke, also die Differenz zwischen dem Bruttoinlandsprodukt und dem Produktionspotenzial, multipliziert wird mit der Budgetsemielastizität (Auswirkungen der Konjunktur auf die öffentlichen Haushalte).

Die Problematik bei der Feststellung des Produktionspotenzials ist allerdings, dass sie wichtige, gesellschaftliche Aspekte, die dieses ausweiten würden, außen vorlässt. Hierzu zählt zum Beispiel, dass es formal ein Recht auf einen Kitaplatz gibt, dieses jedoch in Anbetracht extrem hoher Zahlen von fehlenden Kitaplätzen nicht umgesetzt wird. Würde man es umsetzen, könnten mehr Eltern ihre Arbeitszeit aufstocken, wodurch das Produktionspotenzial steigen würde und somit auch die Höhe der Schulden, die zusätzlich aufgenommen werden dürften. Das gleiche gilt für die Schaffung von Pflegeplätzen in Altersheimen. Würde man hier ein breiteres und besseres Angebot schaffen, würden Arbeitnehmer*innen entlastet werden in der Pflege von pflegebedürftigen Verwandten, wodurch die Arbeitszeit potenziell wieder steigen könnte und somit das Produktionspotenzial.

Abschließend lässt sich sagen, dass das Einbeziehen von gesellschaftlichen Aspekten in die Feststellung des Produktionspotenzials das Produktionspotenzial erhöhen würde, wodurch auch die Höhe der Schulden, die zusätzlich aufgenommen werden dürften, steigen, und somit mehr Zukunftsinvestitionen möglich sind. Und das ohne Zwei-Drittel-Mehrheit.

Empfehlung des Antragskommission: Erledigt durch Regierungshandeln

Antrag F2

Antragsteller: Unterbezirk Cuxland

Ländliche Kommunen stärker finanziell entlasten

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, §5 (3) des niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich zu verändern.

Der dritte Absatz des fünften Paragraphen soll dahingehend verändert werden, dass neben der Einwohnerzahl auch die Fläche der (Samt-)Gemeinde in die Berechnung des Bedarfsansatzes einbezogen wird. Hierzu soll auch die Fläche der (Samt-)Gemeinde mit dem Gemeindegrößenansatz multipliziert werden und mit dem Produkt des Gemeindegrößenansatzes und der Einwohnergrößenzahl addiert werden.

Die genaue Konstruktion soll im parlamentarischen Verfahren des Landtages entwickelt werden.

Begründung:

Unsere ländlichen Kommunen leiden aufgrund eines immer größeren Bündels an zu bewerkstellenden Aufgaben, so z.B. die Modernisierung der vielerorts maroden Infrastruktur, das Bereitstellen der Ganztagschulen oder das Anbieten von Kita-Plätzen unter erheblichen finanziellen Druck. Hinzu kommt eine oftmals kleiner werdende Einnahmeseite durch Phänomene wie Bevölkerungsrückgang oder das Aussterben des lokalen Gewerbes. Das treibt so manche ländliche Kommune bereits an den Rand der Handlungsunfähigkeit. Insbesondere dünn besiedelte Kommunen sind von solchen Entwicklungen besonders hart getroffen. Dementsprechend stellt auch die Änderung des NAFG eine weitere Verschlechterung der finanziellen Perspektive für diese Kommunen dar, da der Fokus auf die Einwohnerzahl bei der Berechnung des Bedarfsansatzes diese Kommunen noch weiter ins Hintertreffen bringt. Deshalb ist es an der Zeit, strukturschwache und dünn besiedelten Kommunen im ländlichen Raum wieder eine finanzpolitische Perspektive zu eröffnen, indem man die Fläche der Kommune in §5 mit einbezieht, damit wieder mehr rausspringt für strukturschwache Kommunen im ländlichen Raum und so der lokalen Politik mehr Investitionsspielräume zukommen, um so auch den Menschen vor Ort eine ernsthafte Perspektive für ihre Heimat zu bieten.

Empfehlung des Antragskommission: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Antrag F3

Antragsteller: Ortsverein Bad Fallingbostel

Abschaffung der Schuldenbremse im Bund

Wir fordern die Bundespartei auf, die Abschaffung der Schuldenbremse als Ziel ins Parteiprogramm aufzunehmen.

Begründung:

Unsere heutige Zeit stellt uns vor Herausforderungen auf vielfältigste Weise. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der Klimawandel mit all seinen Folgen, der Reformstau und die seit Jahrzehnten vernachlässigte Infrastruktur sind nur einige Beispiele, die unseren Staat und unsere Gesellschaft beschäftigen. Diesen Problemen gilt es mit massiven staatlichen Investitionen zu begegnen. Dafür ist eine Grundgesetzänderung von Nöten, um die notwendigen Maßnahmen ohne Schuldenbremse durchzuführen. Die Schuldenbremse ist aus der Zeit gefallen und hemmt staatliche Institutionen, die zunehmenden Aufgaben zu bewältigen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Land wettbewerbsfähig zu halten und in die Zukunft zu führen, um den Wohlstand und den Sozialstaat zu sichern. Zudem ist die Schuldenquote im internationalen Vergleich sehr niedrig. Wir begrüßen den Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion vom Januar 2024 zur Reform der Schuldenbremse, halten diese Reform aber für nicht ausreichend. Nur eine Abschaffung der Schuldenbremse hat den gewünschten Effekt. Zudem würde dies das Profil unserer Partei schärfen und uns deutlich von den demokratischen Mitbewerbern abheben.

Empfehlung des Antragskommission: Weiterleitung als Material an die Grundsatzprogramm-Kommission beim Parteivorstand

Innenpolitik

Antrag I1

Antragsteller: Unterbezirk Rotenburg

Stärkung der Demokratie durch kommunale Transparenz und moderne Öffentlichkeitsarbeit

Kommunen sollen aktiv dabei unterstützt werden, ihre demokratischen Prozesse und Entscheidungen transparent und bürgernah zu kommunizieren. Dafür sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Kommunen sollen ermutigt und unterstützt werden, moderne Kommunikationskanäle wie Livestreaming und soziale Medien für die Übertragung von Rats- und Ausschusssitzungen zu nutzen, wie es das NKomVG bereits ermöglicht,
2. die technische und rechtliche Infrastruktur für digitale Übertragungen soll nach dem Vorbild des Niedersächsischen Landtags standardisiert und den Kommunen zur Verfügung gestellt werden,
3. Kommunen sollen verpflichtet werden, aktiv über anstehende Entscheidungen und Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren und diese in verständlicher Form aufzubereiten,
4. die Entwicklung einheitlicher Standards für kommunale Transparenzportale soll gefördert werden, um Bürger:innen einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalpolitischen Informationen zu ermöglichen.

Begründung:

Die Akzeptanz demokratischer Entscheidungen hängt maßgeblich von deren Nachvollziehbarkeit und Transparenz ab. Das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) ermöglicht bereits heute die Nutzung moderner Kommunikationsmittel für mehr Transparenz in der Kommunalpolitik.

Der Niedersächsische Landtag zeigt durch seine YouTube-Übertragungen beispielhaft, wie politische Prozesse zeitgemäß und datenschutzkonform öffentlich gemacht werden können. Diese bewährte Praxis sollte auf kommunaler Ebene ausgeweitet werden.

Die gegenwärtige Situation zeigt häufig:

- mangelnde Kenntnis der Bürger:innen über kommunalpolitische Entscheidungsprozesse
- geringe Beteiligung an öffentlichen Sitzungen
- fehlendes Verständnis für komplexe kommunalpolitische Entscheidungen
- unzureichende Nutzung vorhandener technischer Möglichkeiten

Durch aktive Öffentlichkeitsarbeit und den gezielten Einsatz moderner Medien können:

- mehr Bürger:innen erreicht werden
- Entscheidungsprozesse transparent dargestellt werden
- die Akzeptanz demokratischer Entscheidungen gestärkt werden
- die Partizipation der Bürger:innen erhöht werden

Die Stärkung kommunaler Transparenz durch moderne Öffentlichkeitsarbeit ist ein wesentlicher Baustein zur Förderung der lokalen Demokratie. Sie entspricht sowohl dem Grundsatz der Öffentlichkeit kommunaler Gremien nach dem NKomVG als auch dem demokratischen Grundprinzip der Volkssouveränität.

Empfehlung des Antragskommission: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Antrag I2

Antragsteller: Unterbezirk Rotenburg (Antrag wurde zurückgezogen)

Faire Rahmenbedingungen für politische Wahlwerbung in Kommunen

Kommunen sollen verpflichtet werden, politische Wahlwerbung im öffentlichen Raum nur insoweit zu regulieren, als dass sie geeignete Flächen für Wesselmann-Plakatierung ausweisen oder bereitstellen müssen. Im Einzelnen:

1. Kommunen dürfen die Plakatierung im öffentlichen Raum nicht hinsichtlich Art, Größe und Anzahl der Plakate einschränken, solange die Vorgaben der Straßenverkehrsordnung und andere übergeordnete Bestimmungen eingehalten werden,
2. Kommunen müssen ausreichend geeignete Flächen für Wesselmann-Plakatwerbung zur Verfügung stellen oder ausweisen,
3. bestehende kommunale Satzungen und Verordnungen sind entsprechend anzupassen, um eine diskriminierungsfreie politische Wahlwerbung zu gewährleisten.

Begründung:

Das Grundgesetz garantiert in Artikel 21 die freie Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung. Die Wahlwerbung durch Plakatierung ist dabei ein wesentliches Element der politischen Kommunikation, insbesondere im kommunalen Raum.

Die derzeitige Praxis vieler Kommunen, die Wahlwerbung durch restriktive Vorgaben zu Art, Größe und Anzahl der Plakate einzuschränken, behindert:

- die Sichtbarkeit demokratischer Parteien im öffentlichen Raum
- die effektive Vermittlung politischer Botschaften
- den politischen Wettbewerb, besonders für kleinere und neue politische Gruppierungen
- die Erreichbarkeit der Wählerschaft in der Fläche

Während Kommunen legitime Interessen an der Regelung der Plakatierung haben, dürfen diese nicht zu unverhältnismäßigen Einschränkungen der politischen Kommunikation führen. Die Bereitstellung von Wesselmann-Flächen ist dabei ein sinnvoller Kompromiss, der sowohl den Bedürfnissen der Parteien als auch denen der Kommunen Rechnung trägt.

Die einzigen zulässigen Beschränkungen sollten sich aus übergeordneten Vorschriften wie der Straßenverkehrsordnung oder Sicherheitsbestimmungen ergeben. Diese gewährleisten bereits einen angemessenen Rahmen für die sichere und geordnete Durchführung von Wahlwerbung.

Eine freie und faire politische Wahlwerbung ist essentiell für die demokratische Willensbildung und die Teilhabe aller Bürger:innen am politischen Prozess. Dies entspricht dem Grundgedanken des Art. 21 GG und stärkt die demokratische Kultur in unseren Kommunen.

Renten-/ Arbeits-/ Wirtschaftspolitik

Antrag R1

Antragsteller: AG 60+ Unterbezirk Cuxland

Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung

Der SPD-Bundesvorstand verpflichtet sich, in das nächste Regierungsprogramm die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle ohne Ausnahme einzahlen weiterzuentwickeln.

Begründung:

Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander, da können wir als Sozialdemokraten nicht einfach zusehen. 17,9 % der Menschen in z.B. Niedersachsen leben in Armut, jedes 5. Kind wächst so auf.

Eine gemeinsame Rentenversicherung für alle wird seitens der Bevölkerung als gerecht empfunden. „Unser Rentensystem wäre stabiler, wenn wir eine systemische Umstellung auf eine Erwerbstätigenversicherung hätten. In die alle berufstätigen Menschen einzahlen würden – also auch Ärzte, Beamte oder Selbstständige. Eine Umstellung zu einem solchen System würde drei Generationen dauern, weil alte Rechtsansprüche natürlich erhalten blieben“ (Lothar Bindig).

Als viertreichstes Land der Welt haben wir alle Möglichkeiten das Auseinanderfallen der Gesellschaft zu verhindern und eine gerechtere zu schaffen.

Wir müssen es nur wollen!

Wer die Deklassierung im Land nicht zur Kenntnis nimmt oder schönredet, redet an den Menschen vorbei und sorgt dafür, dass sie sich nicht verstanden und abgehängt fühlen,

Empfehlung des Antragskommission: Annahme

Antrag R2

Antragsteller: Unterbezirk Cuxland

Verbesserung der Barrierefreiheit in Supermärkten!

Verbesserung der Barrierefreiheit in Supermärkten durch Verbreiterung von Türen und Gängen, bei Neubauten und bei Bestandssupermärkten ab einer bestimmten Größe. Die Lagerung und das Stapeln von schweren Gegenständen (z.B. Getränkekisten) auf eine begrenzte Höhe, die für Menschen mit Einschränkungen gut zu erreichen ist. Verbreiterung der Gänge an den Kassenbändern und eine gut zu erreichende Höhe der Kassenbänder selbst. Sowie die Erreichbarkeit der Pfandabgabe durch angepasste Höhen.

Empfehlung des Antragskommission: Rücküberweisung an den Antragsteller

Antrag R3

Antragsteller: Ortsverein Kirchlinteln

Zugangsvoraussetzungen ändern - „Verpflichtung zum Werkstattbesuch als Voraussetzung für Fördermaßnahmen im ersten Arbeitsmarkt abschaffen“

Zugangsvoraussetzungen ändern - „Werkstattbesuch als Voraussetzung für Fördermaßnahmen im ersten Arbeitsmarkt“ - Die Abschaffung dieses Vorgangs könnte vielen Menschen mit Behinderung endlich ermöglichen, direkt auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, ohne den Umweg über eine Werkstatt für behinderte Menschen nehmen zu müssen. Das wäre ein echter Fortschritt, um den individuell passenden Weg in das Berufsleben zu finden.

Begründung:

Die gesetzlichen Grundlagen für Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) sind im Sozialgesetzbuch SGB IX verankert, insbesondere in den §§ 219 ff. Diese regeln die Aufgaben und Anforderungen an Werkstätten sowie die Rechte der dort beschäftigten Menschen mit Behinderungen.

Die bisherige Regelung, die seit über 40 Jahren gilt, den Werkstattbesuch als Voraussetzung für Fördermaßnahmen im ersten Arbeitsmarkt in der Praxis festzulegen, ist ein großes Hindernis für viele Menschen, die sich für eine inklusive Ausbildung oder eine reguläre Beschäftigung entschieden haben. Sie hat nicht nur die Wahlfreiheit eingeschränkt, sondern auch das Ziel der Inklusion konterkariert.

Die Abschaffung dieser Regelung könnte also vielen Menschen mit Behinderungen ermöglichen, direkt auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, ohne den Umweg über eine Werkstatt für behinderte Menschen nehmen zu müssen. Das wäre ein echter Fortschritt, um den individuell passenden Weg in das Berufsleben zu finden.

Empfehlung des Antragskommission: Annahme in geänderter Fassung.

Antragstext neu:

Zugangsvoraussetzungen ändern – Verpflichtung zum Werkstattbesuch als Voraussetzung für Fördermaßnahmen im ersten Arbeitsmarkt abschaffen - Die Abschaffung der Verpflichtung könnte vielen Menschen mit Behinderung endlich ermöglichen, direkt auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, ohne den Umweg über eine Werkstatt für behinderte Menschen nehmen zu müssen. Das wäre ein echter Fortschritt, um den individuell passenden Weg in das Berufsleben zu finden.

Antrag R4

Antragsteller: Unterbezirk Cuxland

Saubere Toiletten an öffentlichen Plätzen in Nord-Niedersachsen!

Wir fordern die Errichtung (oder Aufrüstung von Bestandstoiletten zum unten genannten Typ) von selbstreinigenden Toiletten an den statistisch gesehen am meisten frequentierten öffentlichen Plätzen in Nord-Niedersachsen. „Toiletten für alle“ sollten eingerichtet werden, da diese auch barrierefrei sind.

Begründung:

Zwar gibt es an den meisten, statistisch gesehen häufig frequentierten öffentlichen Plätzen in Nord-Niedersachsen schon öffentliche Toilettenhäuschen oder etwas in der Art, allerdings sind diese von innen meist so verdreckt, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Notdurft lieber in einem Gebüsch am Straßenrand verrichten als in den extra dafür errichteten Toilettenhäuschen. Der oft sehr durchdringende und oft nicht weniger penetrante Geruch von Urin, Toilettenpapier auf dem Boden und Flecken auf selbigem, von denen man lieber nicht wissen möchte, woher sie stammen, schrecken den Bürger oder die Bürgerin auf der Suche nach einem geeigneten Ort, die Notdurft zu verrichten ab. Dies alles würde sich vermeiden lassen, wenn man an öffentlichen Plätzen entweder selbstreinigende Toiletten errichten oder Bestandstoiletten zu eben solchen aufrüsten würde. Selbstreinigende Toiletten reinigen sich nach jeder Benutzung, indem der Boden einmal kurz mit Wasser überspült und die Toilettenbrille mit UVC-Licht oder Desinfektionsmittel gereinigt wird. Diese Maßnahme würde alle der oben genannten Probleme, welche dazu führen, dass Bürgerinnen und Bürger die öffentlichen Toiletten nicht oder selten benutzen, beseitigen und würde für viele Menschen eine Verbesserung der Lebensqualität im öffentlichen Raum darstellen.

Empfehlung des Antragskommission: Rücküberweisung an den Antragsteller.

Verkehrspolitik

Antrag V1

Antragsteller: Unterbezirk Cuxland

Verbesserung der Barrierefreiheit in Supermärkten!

Wir fordern die Verbesserung der Sicherheit an Bus- und Bahnhöfen, durch Bahnsteigtüren und/oder druckagierende Trittplatten.

Begründung:

Aktuell gibt es wenige bis keine Vorkehrungen zur Sicherheit der am Bus- oder Bahnhof wartenden Fahrgäste, vor allem in ländlichen Gegenden.

Erst vor kurzem hatten wir im Landkreis Cuxhaven das Unglück, dass ein 10-jähriger Junge an einer Bushaltestelle vor den Bus gefallen ist und an den Verletzungen verstorben ist. Etwas Schreckliches, was durch die geforderten Maßnahmen hätte verhindert werden können. Denn Geschwindigkeitsbegrenzung allein reicht nicht.

In anderen Ländern sind vor allem die Bahnsteigtüren bereits eine Norm. Durch diese wird zum Beispiel in U-Bahn-Stationen die Sicherheit der Fahrgäste verbessert. Zudem führen die Türen dazu, dass die Gleise nicht mehr für den Fahrgast erreichbar sind. Dadurch können weder Gegenstände noch Menschen auf die Gleise fallen.

Jeder hat bereits von Suiziden gehört, bei denen sich jemand vor den Zug geschmissen hat, entweder durch Freunde, Verwandte oder auch lediglich durch die Verspätungsbegründungen der Bahn. Einige haben es vielleicht sogar schon miterlebt. Diese Suizide können ebenfalls durch Bahnsteigtüren verhindert werden.

Empfehlung des Antragskommission: Rücküberweisung an den Antragsteller.

Antrag V2

Antragsteller: Unterbezirk Rotenburg

Ausbau und Sanierung der Landesstraßen und Radwege-Infrastruktur

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein umfassendes Investitionsprogramm für Landesstraßen und Radwege aufzulegen.

Im Einzelnen soll:

1. ein Sondervermögen "Zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur Niedersachsen" eingerichtet werden, dass die systematische Sanierung bestehender Landesstraßen und den Ausbau des Radwegenetzes sicherstellt,
2. die Planung und Realisierung von Ortsumgehungen für stark frequentierte Stadtzentren beschleunigt werden, um diese vom Schwerlast- und landwirtschaftlichen Verkehr zu entlasten,
3. ein flächendeckendes Radwegenetz an Landesstraßen geschaffen werden, das Lücken im bestehenden Netz schließt und neue Verbindungen etabliert,
4. die Qualitätskontrolle bei Straßensanierungen verstärkt werden, um nachhaltige Reparaturen statt kurzfristiger Ausbesserungen zu gewährleisten.

Begründung:

Die Verkehrsinfrastruktur in Niedersachsen, insbesondere im ländlichen Raum, befindet sich vielerorts in einem kritischen Zustand. Dies führt zu:

- Einschränkungen der Mobilität und Verkehrssicherheit
- Unmut in der Bevölkerung über den Einsatz ihrer Steuergelder
- Wirtschaftlichen Nachteilen für den ländlichen Raum
- Verzögerungen im ÖPNV und Güterverkehr
- Vermeidbaren Geschwindigkeitsbegrenzungen aufgrund mangelhafter Straßenzustände

Die mangelhafte Infrastruktur zwingt Kommunen häufig zu provisorischen Lösungen wie Geschwindigkeitsbegrenzungen oder notdürftigen Reparaturen, die das grundlegende Problem nicht lösen und bei den Bürger:innen zu Frustration führen.

Besonders der landwirtschaftliche und Schwerlastverkehr durch Ortszentren belastet die Anwohner:innen und die lokale Infrastruktur übermäßig. Fehlende Ortsumgehungen führen zu:

- Erhöhter Lärm- und Schadstoffbelastung in Wohngebieten
- Verschlechterter Lebensqualität für Anwohner:innen
- Erhöhtem Verschleiß der innerörtlichen Straßen
- Gefährdung schwächerer Verkehrsteilnehmer:innen

Ein gut ausgebautes Radwegenetz ist zudem essentiell für die Verkehrswende und klimafreundliche Mobilität. Die aktuelle Situation mit lückenhaftem Radwegenetz und mangelhafter Infrastruktur verhindert, dass mehr Menschen auf das Fahrrad umsteigen.

Gezielte Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind eine Kernaufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und ein wichtiges Signal an die Bürger:innen, dass ihre Mobilitätsbedürfnisse ernst genommen werden. Sie tragen zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bei und stärken das Vertrauen in staatliches Handeln.

Zwar existiert mit dem Niedersächsischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (NGVFG) bereits ein Förderinstrument, jedoch reicht dies nicht aus, um den massiven Investitionsstau in der Verkehrsinfrastruktur zeitnah aufzulösen. Das hier geforderte Sondervermögen und die verstärkte Qualitätskontrolle gehen über die bestehenden Regelungen hinaus und sollen eine nachhaltige, systematische Verbesserung der Infrastruktur gewährleisten.

Empfehlung des Antragskommission: Annahme in geänderter Fassung. Antragstext neu: Die Landesregierung wird aufgefordert, ein umfassendes Investitionsprogramm für Landesstraßen und Radwege aufzulegen. Zeile 26 – 35 streichen.

Partei

Antrag P1

Antragsteller: Unterbezirk Cuxland

Einrichtung einer digitalen barrierefreien Onlineplattform

Im Einzugsgebiet des SPD Bezirks Nordniedersachsen wird eine digitale Onlineplattform entwickelt.

Die Plattform enthält folgende Funktionen:

- Zugang für alle Parteimitglieder
- Kalender und Terminplanung: Gemeinsame Kalender für Veranstaltungen, Sitzungen und Fristen.
- Dokumentenmanagement: Sichere Ablage und Austausch von Dokumenten.
- Interne Nachrichten: Direktnachrichten und E-Mail-Integration für die Kommunikation zwischen Mitgliedern.
- Gruppen- und Projektmanagement: Werkzeuge zur Verwaltung von Arbeitsgruppen und Projekten.
- Diskussionsforen: Ermöglicht Parteimitgliedern, über verschiedene Themen zu diskutieren.
- Umfragen und Abstimmungen: Durchführung interner Abstimmungen und Meinungsumfragen.
- Schulungsmaterialien: Bereitstellung von Schulungsunterlagen und -videos.
- Benutzerhilfe und FAQs: Bereitstellung von Anleitungen und häufig gestellten Fragen.

Begründung:

1. Verbesserung der internen Kommunikation und Effizienz

Zentrale Kommunikationsplattform: Eine Onlineplattform ermöglicht es, alle Kommunikationskanäle zu zentralisieren. Dies erleichtert den Informationsfluss und sorgt dafür, dass alle Mitglieder auf dem neuesten Stand bleiben. Ein Onlinekalender verhindert Terminüberschneidungen.

Effizientes Projektmanagement: Durch integrierte Tools für das Management von Arbeitsgruppen und Projekten können Aufgaben besser organisiert und verfolgt werden, was die Effizienz steigert.

Schnellere Entscheidungsfindung: Umfragen und interne Abstimmungen können schnell und einfach durchgeführt werden, was zu einer schnelleren und effizienteren Entscheidungsfindung führt.

2. Optimierte Mitgliederverwaltung und -beteiligung

Einfache Mitgliedsverwaltung: Eine zentrale Datenbank erleichtert die Verwaltung von Mitgliederdaten, Mitgliedsbeiträgen und die Kommunikation mit den Mitgliedern.

Erhöhte Mitgliederbeteiligung: Durch Online-Umfragen, Foren und Diskussionen können Mitglieder einfacher und regelmäßiger eingebunden werden, was die demokratische Partizipation innerhalb der Partei stärkt.

3 Erweiterte Öffentlichkeitsarbeit und Wählerinteraktion

Professionelle Öffentlichkeitsarbeit: Eine gut gestaltete Onlineplattform bietet Möglichkeiten zur Veröffentlichung von News, Blogbeiträgen und Veranstaltungsankündigungen, was die öffentliche Sichtbarkeit und das Image der Partei verbessert.

Direkte Wählerinteraktion: Tools wie Feedbackformulare und Online-Umfragen ermöglichen es, direkt mit den Wählern in Kontakt zu treten und deren Meinungen und Bedürfnisse besser zu verstehen.

4. Effektives Wahlkampf- und Kampagnenmanagement

Zielgerichtete Kampagnenplanung: Die Plattform bietet Werkzeuge zur Planung, Durchführung und Überwachung von Wahlkampfstrategien und -aktivitäten.

Spendenverwaltung: Eine integrierte Spendenfunktion erleichtert das Sammeln und Verwalten von Spenden, was die finanziellen Ressourcen der Partei stärkt.

Freiwilligenmanagement: Eine Plattform kann helfen, Freiwillige zu koordinieren und deren Engagement zu fördern.

5. E-Learning und kontinuierliche Weiterbildung

Schulungen und Webinare: Durch die Bereitstellung von Schulungsmaterialien und die Durchführung von Webinaren können Mitglieder kontinuierlich weitergebildet und auf dem neuesten Stand gehalten werden.

Förderung der Kompetenzentwicklung: Regelmäßige Schulungen und Zertifizierungen erhöhen die Fachkompetenz und das Engagement der Mitglieder.

6. Erhöhte Transparenz und Vertrauen

Transparente Kommunikation: Regelmäßige Updates und eine transparente Berichterstattung über Aktivitäten und Entscheidungen erhöhen das Vertrauen der Mitglieder und der Öffentlichkeit in die Partei.

Nachvollziehbare Entscheidungen: Durch dokumentierte Abstimmungen und Entscheidungsprozesse wird die Nachvollziehbarkeit und Legitimität der Parteientwicklung gestärkt.

7. Sicherheit und Datenschutz

Sichere Datenverwaltung: Eine professionelle Onlineplattform bietet erweiterte Sicherheitsmaßnahmen, um die Daten der Mitglieder zu schützen und den Datenschutzbestimmungen zu entsprechen.

Rollenbasierter Zugriff: Durch die Implementierung von Zugangskontrollen wird sichergestellt, dass nur autorisierte Personen Zugriff auf bestimmte Informationen haben, was die Sicherheit erhöht.

Fazit:

Die Einführung einer Onlineplattform für Parteien ist ein wichtiger Schritt, um die Effizienz, Transparenz und Partizipation innerhalb der Partei zu erhöhen. Sie bietet Werkzeuge zur besseren Organisation und Verwaltung, erleichtert die Kommunikation mit Mitgliedern und Wählern und stärkt das öffentliche Image der Partei. In einer zunehmend digitalisierten Welt ist eine solche Plattform unverzichtbar, um wettbewerbsfähig zu bleiben und die demokratischen Prozesse innerhalb der Partei zu fördern.

Empfehlung des Antragskommission: Weiterleitung als Material an den Parteivorstand und den neuen Bezirksvorstand.

